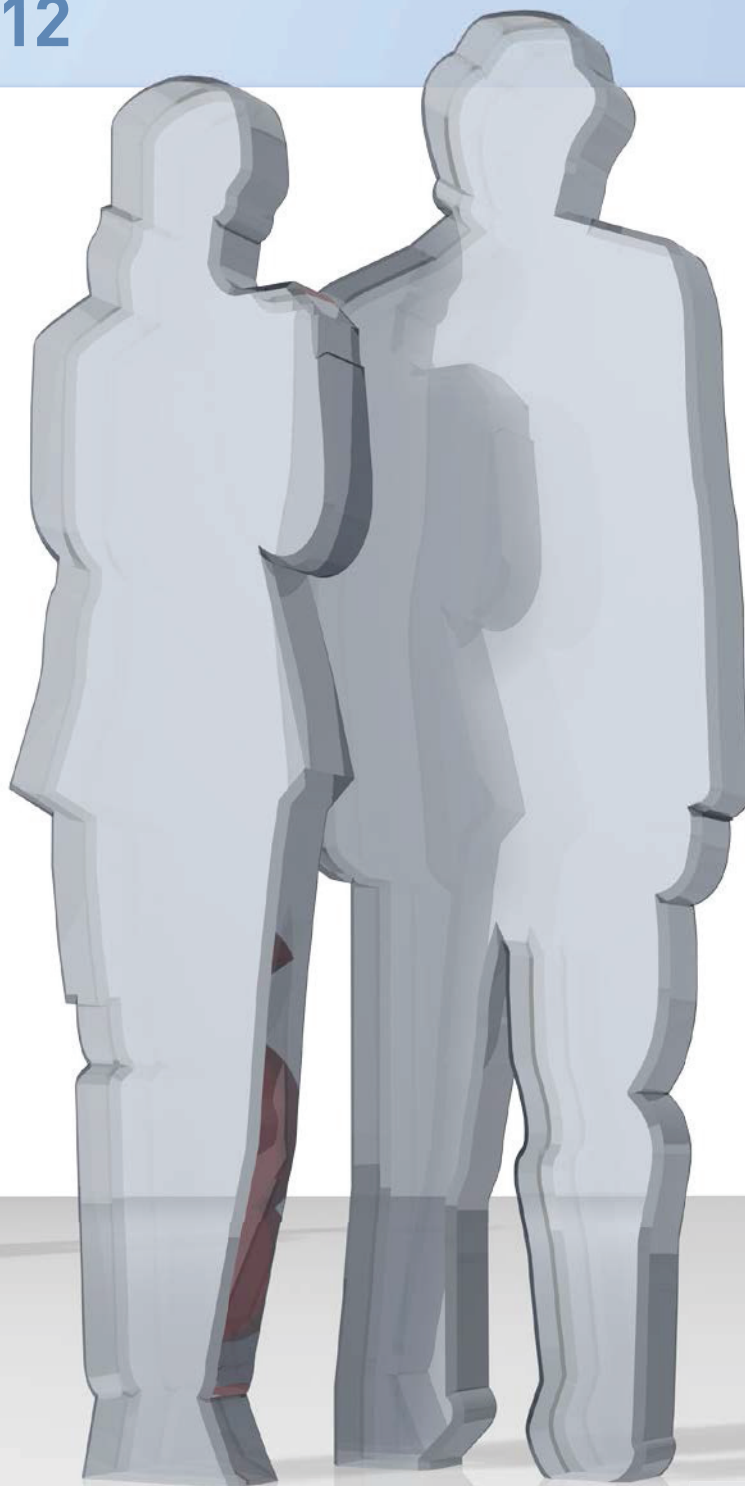


# DER LANDESVOLKSANWALT VON TIROL BERICHT 2012



**LANDESVOLKSANWALT**  
Organ des Tiroler Landtages



**tirol**  
Unser Land

# **BERICHT DES LANDESVOLKSANWALTES**

über die Tätigkeit  
vom 01. Jänner 2012 bis 31. Dezember 2012

## **AN DEN TIROLER LANDTAG**

### **DER LANDESVOLKSANWALT VON TIROL**

Innsbruck – Meraner Straße 5

Telefon: 0512/508-3052 ● 0810/006200 zum Ortstarif ● Telefax: 0512/508-3055

E-Mail: [landesvolksanwalt@tirol.gv.at](mailto:landesvolksanwalt@tirol.gv.at) ● [www.tirol.gv.at/landesvolksanwalt](http://www.tirol.gv.at/landesvolksanwalt)

<b>VORWORT</b>	6
<b>1. ALLGEMEINER TEIL</b>	
1.1 Team und Büro	8
1.2 Die landesverfassungsrechtliche Grundlage	10
1.3 Statistische Übersicht	11
1.3.1 Allgemeines	11
1.3.2 Inanspruchnahme	11
1.3.3 Aufteilung der Beratungs- und Beschwerdefälle nach Materien	14
1.3.4 Erledigung von aktenmäßigen Beratungs- und Beschwerdefällen	16
1.3.5 Delogierungsfälle beim Landesvolksanwalt	17
1.3.6 Internet-Datenbank "Wer hilft wie?"	18
1.4 Erreichbarkeit	19
1.5 Sprechtage	20
1.6 Zentrale Ansprechperson für Behindertenanliegen	23
<b>2. BESONDERER TEIL</b>	
2.1 Bemerkungen zu einzelnen Fällen	32
2.1.1 Eine Sonderflächenwidmung mit Folgen	32
2.1.2 Umfassende Hilfestellung war notwendig	33
2.1.3 Das Tiroler Grundverkehrsgesetz 1996 gibt einem engagierten Jungbauern keine Chance	34

2.1.4	Finanzhilfen konnten Not lindern . . . . .	36
2.1.5	Grelle Scheinwerfer im Wohnzimmer . . . . .	36
2.1.6	Größere Sicherheit durch eine Geschwindigkeitsbeschränkung . . . . .	37
2.1.7	Familie mit Kindern vor Delogierung gerettet . . . . .	38
2.1.8	Gestaltung einer Privateinfahrt im Zuge einer Straßensanierung . . . . .	38
2.1.9	Lärmbelästigung durch Wassernutzung an der Sill . . . . .	40
2.1.10	Räumungsverfahren konnte verhindert werden . . . . .	40
2.1.11	Ein verkaufter PKW verursacht nachträglich unerwartete Rechtsprobleme . .	41
<b>2.2</b>	<b>Anregungen an Gesetzgebung und Verwaltung . . . . .</b>	<b>42</b>
2.2.1	Allgemeines . . . . .	42
2.2.2	Raumordnung – fehlende Rechtsschutzmöglichkeiten . . . . .	43
2.2.3	Freizeitwohnsitze können nachträglich angemeldet werden . . . . .	44
2.2.4	Das Tiroler Grundverkehrsgesetz 1996 anpassen . . . . .	45
2.2.5	Tiroler Mindestsicherungsgesetz – Entschädigungszahlungen . . . . .	45
2.2.6	Richtlinien im Sozial- und Behindertenbereich . . . . .	46
2.2.7	Menschen in Not – Unterlagen des Landesvolksanwaltes helfen . . . . .	47
<b>3.</b>	<b>WEITERE THEMENSCHWERPUNKTE</b>	
<b>3.1</b>	<b>Europäisches Ombudsmann-Institut (EOI) . . . . .</b>	<b>48</b>
<b>3.2</b>	<b>Internationale und nationale Kontakte . . . . .</b>	<b>50</b>
<b>3.3</b>	<b>Öffentlichkeitsarbeit . . . . .</b>	<b>53</b>
	<b>ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN . . . . .</b>	<b>54</b>

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten,  
Hoher Tiroler Landtag!

**Gemäß Artikel 59 Abs. 2 der Tiroler Landesordnung 1989 hat der Landesvolksanwalt dem Landtag jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit vorzulegen. Diesem Auftrag darf ich mit dem folgenden Bericht für das Jahr 2012 nachkommen.**

Der Tiroler Landtag hat mit der Tiroler Landesordnung 1989 die Institution des Landesvolksanwaltes geschaffen. Am 24. Mai 1989 wurde HR Dr. Helmuth Tschiderer vom Tiroler Landtag zum ersten Landesvolksanwalt von Tirol gewählt. Mit 30. Juni 1999 trat HR Dr. Helmuth Tschiderer in den Ruhestand. Bereits am 05. Mai 1999 wurde HR Dr. Johannes Pezzei vom Tiroler Landtag zu seinem Nachfolger gewählt. Nach etwas mehr als viereinhalb Jahren nahm HR Dr. Johannes Pezzei Ende Feber 2004 Abschied von dieser Funktion und wurde mit 01. März 2004 mit der Leitung der neu geschaffenen Abteilung Verwaltungsorganisation und Personalmanagement betraut.

Auf Vorschlag von Herrn Landtagspräsidenten Prof. Ing. Helmut Mader wurde ich in der Sitzung am 17. März 2004 vom Tiroler Landtag einstimmig zum neuen Landesvolksanwalt von Tirol gewählt und ich habe mit 01. April 2004 den Dienst in dieser Funktion angetreten. In der Sitzung am 03. Feber 2010 wurde ich vom Tiroler Landtag für eine weitere Amtsperiode von sechs Jahren wiedergewählt.

Die in der Tiroler Landesordnung vorgesehene Berichterstattung an den Tiroler Landtag soll in erster Linie darin bestehen, den Damen und Herren Abgeordneten Informationen über das Verhältnis Bürger – Staat zu geben. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Inanspruchnahme des Landesvolksanwaltes im Berichtsjahr wiederum leicht angestiegen. Die große Anzahl der Menschen aus Tirol, welche mit dem Landesvolksanwalt und seinen MitarbeiterInnen Kontakt aufnehmen, ist umso bemerkenswerter, als trotz zahlreicher Beratungs- und Ombudseinrichtungen in den verschiedensten Bereichen nach wie vor der Weg zum Landesvolksanwalt gesucht wird. Offensichtlich verbinden die Bürgerinnen und Bürger mit dieser Einrichtung Objektivität, Neutralität und Durchsetzungsfähigkeit, was im Übrigen nicht selten von Vorsprechenden bestätigt wird. Auch stehen nur dem Landes-

volksanwalt die verfassungsrechtlich gewährleisteten Instrumente der uneingeschränkten Akteneinsicht und behördlichen Auskunftspflicht zur Verfügung, welche jedoch für eine objektive Feststellung des tatsächlichen Sachverhaltes unabdingbar sind.

In einem modernen Europa gehört es mit zum rechtsstaatlichen Auftrag und zur Stärkung der Demokratie, den Bürgerinnen und Bürgern eine unabhängige Stelle zur Verfügung zu stellen, die sie bei Konflikten mit der Verwaltung unterstützt und Verwaltungshandeln überprüft. Dadurch sollen die Menschen bestärkt werden, zur Verwaltung und deren Dienststellen Vertrauen zu haben. Dieses Vertrauen zu stärken oder nötigenfalls wiederherzustellen, ist eine wesentliche Aufgabe jeder Ombudsmann-Einrichtung.

Darüber hinaus befassen sich Ombudsstellen auch mit jenen Entscheidungen, die zwar weder rechtlich noch sachlich falsch sind, aber dennoch irgendwie unbillig erscheinen. Billigkeit im hier verwendeten Sinne bedeutet, dass staatliches Verwaltungshandeln auf die Wirkung hin überprüft werden muss, die es für die Betroffenen hat. Und nicht selten sind gerade die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft betroffen und wissen sich selbst nicht zu wehren.

So war und ist es Ziel des Landesvolksanwaltes, in gegenseitigem Respekt einen Ausgleich zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der, oft als übermächtig empfundenen, öffentlichen Verwaltung herzustellen.

Innsbruck, im Mai 2013

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Hauser', with a long horizontal flourish extending to the right.

Dr. Josef Hauser  
Landesvolksanwalt

### 1.1 TEAM UND BÜRO

In der Öffentlichkeit ist zumeist nur der Landesvolksanwalt selbst wahrzunehmen. Für Rat und Hilfe suchende Bürgerinnen und Bürger sind jedoch oft die Mitarbeiterinnen im Sekretariat sowie die juristischen MitarbeiterInnen die ersten Ansprechpartner. Ich habe das große Glück mich wie bisher auf ein ausgezeichnetes und erfahrenes Team verlassen zu können.

Der Personalstand beim Landesvolksanwalt ist seit dem Jahr 2004 unverändert. Eine Juristin, vier Juristen (einschließlich des Landesvolksanwaltes) und zwei Sekretärinnen (eine davon teilzeitbeschäftigt) bilden das Team. Mit 26. November des Berichtsjahres wurde dem Landesvolksanwalt, gemeinsam mit der Servicestelle für Gleichbehandlung und Antidiskriminierung, zum zweiten Mal eine Verwaltungspraktikantin, Frau MMag.<sup>a</sup> Kristin Kleon, zugeteilt.



Frau MMag.<sup>a</sup> Kristin Kleon

Bereits im Herbst 2010 übersiedelten wir, gemeinsam mit weiteren Anwaltschaften des Landes Tirol, in das „Fohringerhaus“ in der Meraner Straße 5 und bezogen dort im 2. Stock moderne Büroräumlichkeiten. Gleichzeitig konnte auch Frau Mag.<sup>a</sup> Isolde Kafka, Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsbeauftragte des Landes Tirol, im 2. Stock im „Fohringerhaus“ eigene Büroräume beziehen. Für die ausgezeichnete Zusammenarbeit sei Frau Mag.<sup>a</sup> Isolde Kafka an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Die Entscheidung, sämtliche Anwaltschaften des Landes Tirol in einem eigenen Haus unterzubringen, hat sich als richtig und gut erwiesen. Einerseits ergeben sich für die Bürgerinnen und Bürger entscheidende Standortvorteile hinsichtlich der Erreichbarkeit aller Anwaltschaften und andererseits fördern die regelmäßigen persönlichen Kontakte das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit der Anwaltschaften.

Aufgrund der Lage unmittelbar gegenüber dem Landhaus 1 bleiben sämtliche Vorteile der raschen Erreichbarkeit und des persönlichen Kontaktes einerseits mit den Einrichtungen des Tiroler Landtages und andererseits mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung bei allfälligen Rückfragen gewahrt.

Nur aufgrund des besonderen Einsatzes aller MitarbeiterInnen war es auch im Berichtsjahr

wieder möglich, die gewünschten Auskünfte rasch zu erteilen und die unverändert große Anzahl der Anliegen in vertretbarer Zeit zu prüfen.

Einer guten Tradition folgend nehme ich gerne den Jahresbericht als Gelegenheit wahr, Ihnen das Team des Landesvolksanwaltes vorzustellen.



Sitzend von links: Gerda Unterrader, LVA Dr. Josef Hauser, Patricia Schatz  
Stehend von links: Dr. Harald Kefer, Dr. Josef Siegele, Dr.<sup>in</sup> Sabina Nagele, Dr. Christoph Wötzer



## 1.2 DIE LANDESVERFASSUNGSRECHTLICHE GRUNDLAGE



# Landesgesetzblatt für Tirol

Jahrgang 1988

Herausgegeben und versendet am 9. Dezember 1988

28. Stück

61. Landesverfassungsgesetz vom 21. September 1988 über die Verfassung des Landes Tirol (Tiroler Landesordnung 1989)

## 61. Landesverfassungsgesetz vom 21. September 1988 über die Verfassung des Landes Tirol (Tiroler Landesordnung 1989)

Artikel 59

### Landesvolksanwalt

(1) Zur Besorgung der im Abs. 2 angeführten Aufgaben ist der Landesvolksanwalt berufen.

(2) Der Landesvolksanwalt hat in den Angelegenheiten der Landesverwaltung, der mittelbaren Bundesverwaltung und der dem Landeshauptmann übertragenen Verwaltung von Bundesvermögen jedermann auf Verlangen Rat zu erteilen und Beschwerden entgegenzunehmen. Der Landesvolksanwalt hat jede Beschwerde unverzüglich zu prüfen und, sofern er sie nicht selbst durch Aufklärung des Beschwerdeführers erledigen kann, bei der zuständigen Stelle auf Aufklärung oder Abhilfe hinzuwirken und das Ergebnis seiner Maßnahmen dem Beschwerdeführer ehestmöglich mitzuteilen. Der Landesvolksanwalt hat dem Landtag jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit vorzulegen.

(3) Der Landesvolksanwalt ist ein Organ des Landtages. Er untersteht unmittelbar dem Landtag, ist nur diesem verantwortlich und von der Landesregierung unabhängig.

(4) Der Landesvolksanwalt hat seinen Sitz in Innsbruck. Er kann, soweit dies zur Besorgung seiner Aufgaben zweckmäßig ist, außerhalb der Landeshauptstadt Sprechtage abhalten.

(5) Der Landesvolksanwalt wird vom Landtag auf Vorschlag des Landtagspräsidenten auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Zum Landesvolksanwalt darf nur eine Person gewählt werden, die persönlich und fachlich geeignet ist.

Der Landesvolksanwalt darf weder der Bundesregierung oder der Landesregierung noch einem allgemeinen Vertretungskörper angehören.

(6) Der Landtag hat auf Vorschlag des Landtagspräsidenten den Landesvolksanwalt vor dem Ablauf seiner Amtsdauer nach Abs. 5 erster Satz abzurufen, wenn er die Voraussetzungen nach Abs. 5 zweiter und dritter Satz nicht mehr erfüllt.

(7) Die Landesregierung hat die für die Besorgung der Aufgaben des Landesvolksanwaltes erforderlichen Sach- und Geldmittel sowie die aus dem Stellenplan sich ergebende Anzahl von Landesbediensteten für den Landesvolksanwalt nach Anhören des Landtagspräsidenten zur Verfügung zu stellen.

(8) Der Landesvolksanwalt ist Vorgesetzter der bei ihm verwendeten Bediensteten. Er ist befugt, diesen Weisungen zu erteilen.

(9) Alle Organe des Landes und der Gemeinden haben den Landesvolksanwalt bei der Besorgung seiner Aufgaben zu unterstützen, ihm Akteneinsicht zu gewähren und ihm auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Gegenüber dem Landesvolksanwalt besteht die Amtsverschwiegenheit nicht. Der Landesvolksanwalt unterliegt der Amtsverschwiegenheit im gleichen Umfang wie das Organ, an das er bei der Besorgung seiner Aufgaben herantreten ist.

(10) Für die im Art. 148a Abs. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte vorgesehenen besonderen Kontroll- und Überwachungsaufgaben wird für den Bereich der Landesverwaltung die Volksanwaltschaft für zuständig erklärt.

## 1.3 STATISTISCHE ÜBERSICHT

### 1.3.1 ALLGEMEINES

Unser Land weist mit seinen 12.640 km<sup>2</sup> Ende 2011 (die Daten für 2012 stehen noch nicht zur Verfügung) eine Einwohnerzahl von 714.449 auf. Das Land Tirol besteht derzeit aus 279 Gemeinden, davon 11 Städte sowie 20 Marktgemeinden, und ist in 9 Verwaltungsbezirke eingeteilt.

### 1.3.2 INANSPRUCHNAHME

Im Berichtsjahr wurde der Landesvolksanwalt mit seinen juristischen MitarbeiterInnen von 5.942 Personen beratungs- und beschwerdemäßig in Anspruch genommen. Diese Zahl ergibt sich aus 2.070 persönlichen Vorsprachen, 3.260 telefonischen Erledigungen sowie 612 neuen schriftlichen Eingaben.

Eine geschlechtsspezifische Auswertung der vorliegenden Statistik ergibt, dass im Berichtsjahr 3.030 Bürgerinnen (51 %) und 2.912 Bürger (49 %) mit dem Landesvolksanwalt Kontakt aufgenommen haben.

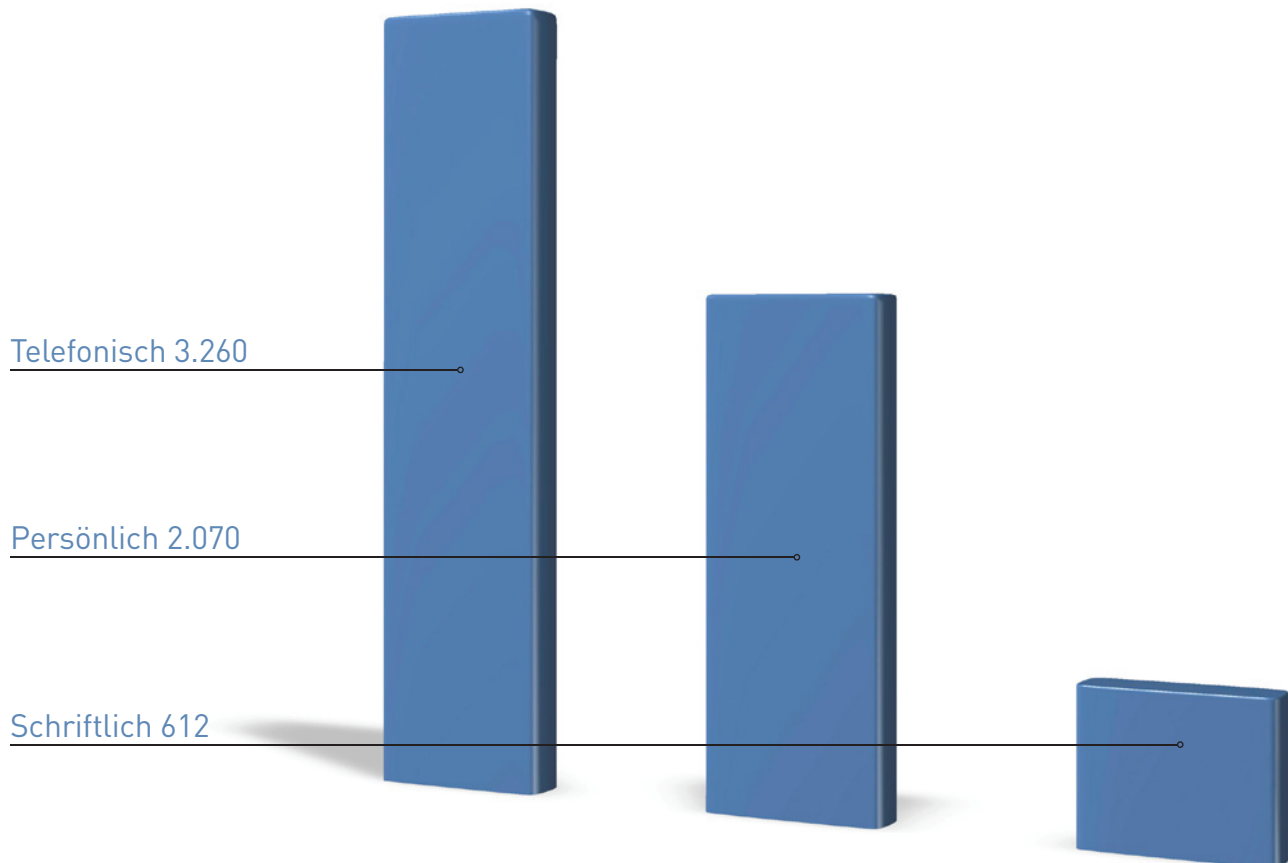
In einem Vergleich mit dem Vorjahr kann festgestellt werden, dass im Berichtsjahr die Anzahl der Kontakte nochmals um rund ein Prozent auf fast 6.000 Kontakte angestiegen ist. So waren zu Beginn meiner ersten Funktionsperiode im Jahr 2004 noch 4.653 Kontakte zu verzeichnen. Das entspricht einer Steigerung von rund 28 % in den letzten neun Jahren – und das bei gleichem Personalstand!

In Prozentziffern ausgedrückt wurde im Berichtsjahr in 55 % der Fälle telefonisch, in 35 % der Fälle persönlich und in 10 % der Fälle schriftlich mit dem Landesvolksanwalt Kontakt aufgenommen.

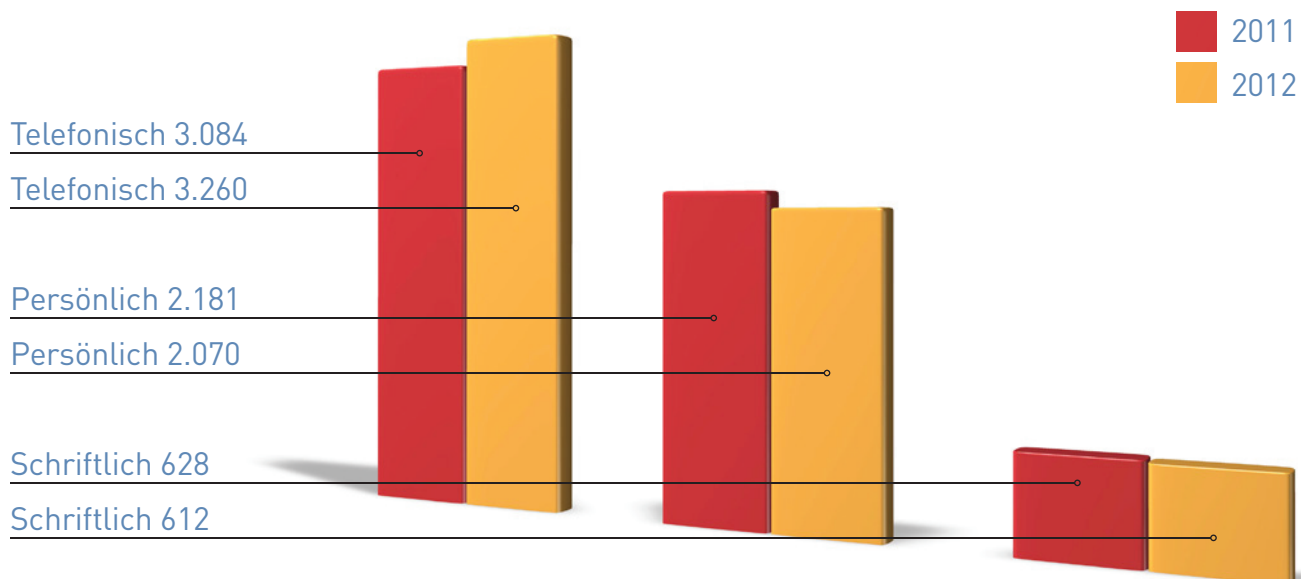
73 % der Vorbringen betrafen Beratungs- und Informationsarbeit, in 27 % der Fälle wurde eine Beschwerde vorgebracht.

Dazu darf angemerkt werden, dass die Anzahl der persönlichen Gespräche mit 35 % der Gesamtkontakte im Vergleich mit ähnlichen Ombudseinrichtungen in Europa übermäßig hoch ist, woraus sich einerseits der Schluss ableiten lässt, dass es den Bürgerinnen und Bürgern in Tirol ein besonderes Bedürfnis ist, Probleme im Rahmen eines Gespräches zu erörtern, und andererseits sich das Team des Landesvolksanwaltes durch hohe fachliche und menschliche Kompetenz auszeichnet.

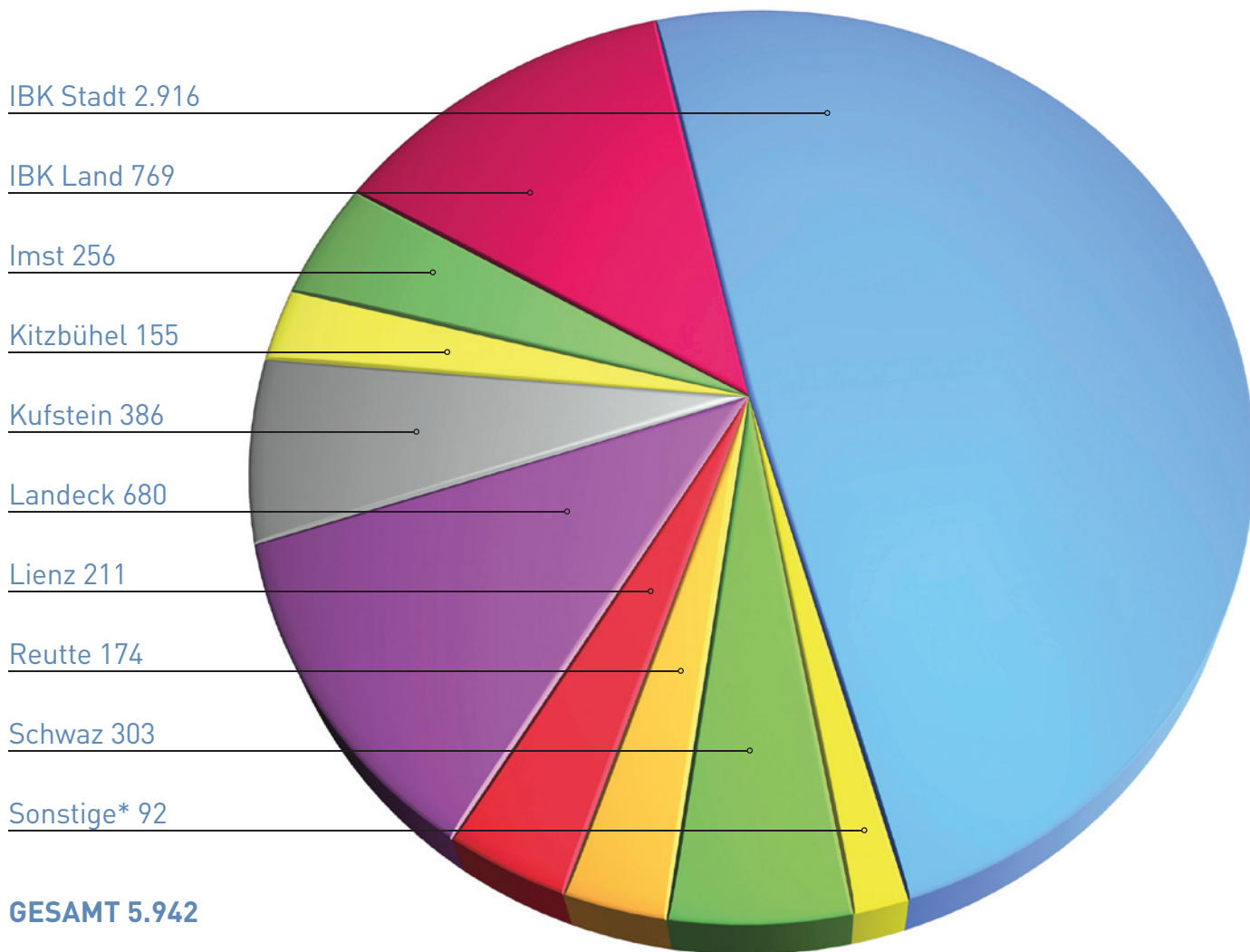
Darstellung nach Art der Inanspruchnahme:



Inanspruchnahme im Verhältnis zum Vorjahr:



Aufteilung der Beratungs- und Beschwerdefälle auf die einzelnen Bezirke:



\* andere Bundesländer und Ausland

Die Frequenz der Inanspruchnahme in der Stadt Innsbruck war immer schon überdurchschnittlich hoch, was sich zweifellos in erster Linie mit dem Sitz des Landesvolksanwaltes in Innsbruck erklären lässt.

Was nun die auffallend hohe Zahl der Kontakte aus dem Bezirk Landeck betrifft, ist dies nicht etwa im dortigen Verwaltungsvollzug begründet, sondern vielmehr in der Tatsache,

dass ein juristischer Mitarbeiter und der Landesvolksanwalt selbst den Wohnsitz im Bezirk Landeck haben, was die bereits öfters getroffene Feststellung untermauert, dass zwischen Bekanntheitsgrad und Zugang zum Landesvolksanwalt ganz allgemein ein direkter Zusammenhang besteht. Auch beziehen sich die aus dem Bezirk Landeck vorgebrachten Anliegen und Anfragen überwiegend auf die beratende Tätigkeit des Landesvolksanwaltes.

### 1.3.3 AUFTEILUNG DER BERATUNGS- UND BESCHWERDEFÄLLE NACH MATERIEEN

Die Inanspruchnahme des Landesvolksanwaltes bezieht sich frequenzmäßig auf folgende ausgesuchte Rechtsbereiche:

Abgabewesen, Landesabgabenordnung	17
Agrarrecht, Forst, Jagd und Fischerei	116
Baurecht und Raumordnung	761
Behindertenanliegen	929
Delogierungen	491
Dienstrecht	33
Finanzrecht – Bund	29
Förderungswesen, allgemein	15
Fremdenrecht	130
Gemeinderecht, allgemein	59
Gewerberecht, Betriebsanlagen	99
Grundverkehr	26
Jugendwohlfahrt	76
Klinikangelegenheiten, Krankenanstaltengesetz	9
Kraftfahrrecht, Straßenverkehrsordnung, Führerscheingesetz	116
Landespolizeigesetz	14
Pensionsrecht, ASVG	180
Privatrecht und Angelegenheiten der Gerichtsbarkeit	647
Schulwesen	84
Sicherheitswesen	7
Sonstiges	69
Sozialrecht	1609
Staatsbürgerschaft, Personenstandsangelegenheiten	19
Straßenrecht	88
Tourismus, Sportwesen	20
Umweltschutz, Naturschutz	42
Verwaltungsverfahrensgesetze	71
Wasserrecht	96
Wohnbauförderung	90
Summe	5942

Diese Statistik gibt in erster Linie darüber Aufschluss, in welchen Bereichen Bürgerinnen und Bürger insbesondere Beratung in Anspruch nehmen oder sich beschwert fühlen. Naturgemäß bilden jene Bereiche der Verwaltung den größten Anteil der Beratungs- und Beschwerdefälle, die die meisten Berührungspunkte mit dem alltäglichen Leben aufweisen: Sozial- und Behindertenrecht, Baurecht und Raumordnung, Wohnbauförderung, Führerscheingesezt, Straßenverkehrsordnung und Straßenrecht allgemein, Gewerberecht sowie Gemeindeangelegenheiten. So wie bereits 2010 und 2011 ist eine nicht unbeträchtliche Anzahl an Kontakten im Rahmen der Bearbeitung von Delogierungsfällen angefallen.

Wie bereits in den Vorjahren festgestellt, hat sich auch im vergangenen Jahr ein bemerkenswerter Trend weiter fortgesetzt: Die Anzahl der sich auf die klassischen Verwaltungsmaterien, wie Baurecht, Gemeinde-recht, Gewerbe- und Betriebsanlagenrecht, beziehenden Beschwerden nimmt kontinuierlich leicht ab bzw. ist konstant gleichbleibend. Auch werden nur mehr selten Beschwerden über eine zu lange Verfahrensdauer vorgebracht. Daraus lässt sich nachvollziehbar ableiten, dass die Verwaltung in diesen Bereichen grundsätzlich gut arbeitet.

Die vorliegende Statistik zeigt jedoch auch sehr klar, dass in den Bereichen Sozialrecht und Behindertenanliegen, so wie auch in

den Vorjahren, die meisten Kontakte zu verzeichnen sind. Auch das ist nicht weiter verwunderlich. Nach einer aktuellen Studie der Statistik Austria sind in Österreich rund 12 % der Bevölkerung armutsgefährdet; in Tirol sind rund 66.000 Menschen oder 9,3 % der Bevölkerung armutsgefährdet, sehr oft sind Menschen mit Behinderung betroffen. Daraus leiten sich viele Kontakte beim Landesvolksanwalt ab, zumal diese Menschen meist auf finanzielle Unterstützung im Rahmen der Mindestsicherung oder anderweitige finanzielle Hilfe angewiesen sind. Verstärkt stellen wir auch fest, dass viele Menschen über die weitere Entwicklung im Pflegebereich und dessen Finanzierung verunsichert sind.

Erfreulich ist, dass auch im Bereich Sozialrecht die Anzahl der Beschwerden abgenommen hat und sich die zahlreichen Vorsprachen und Kontakte vermehrt auf die beratende Tätigkeit des Landesvolksanwaltes beziehen.

Immer wieder werden soziale Härtefälle an uns herangetragen. Mit den geltenden Richtlinien können diese jedoch zumeist keiner positiven Erledigung zugeführt werden – hier wären aus unserer Sicht auf den besonderen Fall bezogene Entscheidungen wünschenswert und auch gerechtfertigt.

Auch im abgelaufenen Jahr haben, so wie in den vergangenen Jahren, viele Bürgerinnen und Bürger in Angelegenheiten des Privatrechts und der Gerichtsbarkeit beim Landes-

volksanwalt Rat gesucht. Entgegen dem Trend in den Vorjahren war in diesem Bereich im Berichtsjahr wieder eine leicht ansteigende Zahl an Kontakten zu verzeichnen.

Mit November 2007 wurde bei jedem Oberlandesgericht eine Justiz-Ombudsstelle mit einer ähnlichen Funktion, wie sie die Volks-

anwaltschaft in der Verwaltung hat, nämlich der Prüfung von Beschwerden über die Gerichtsbarkeit, eingerichtet. Dieser Schritt in die richtige Richtung wird unter Hinweis auf den zweifellos bestehenden Bedarf ausdrücklich begrüßt, zumal eine diesbezügliche Notwendigkeit in den letzten Jahresberichten mehrmals aufgezeigt wurde.

### **1.3.4 ERLEDIGUNG VON AKTENMÄSSIGEN BERATUNGS- UND BESCHWERDEFÄLLEN**

1. Am 01.01.2012 übernommene Akten.....	172
2. Im Berichtszeitraum neu hinzugekommene Fälle.....	612
3. Erledigte Fälle.....	598
4. Am 31.12.2012 noch in Bearbeitung befindliche Fälle.....	186

### **1.3.5 WARUM WERDEN BEIM LANDESVOLKSANWALT NUN AUCH DELOGIERUNGSFÄLLE BEARBEITET?**

Im Feber 2010 hat Landeshauptmann Günther Platter das „Netzwerk Tirol hilft“ ins Leben gerufen. Ein besonderes Anliegen war dem Landeshauptmann dabei, die zuletzt stark gestiegene Anzahl der Delogierungsfälle in den Griff zu bekommen und insbesondere Delogierungen von Familien mit Kindern zu verhindern.

Auf der Suche nach einer möglichst objektiven Stelle für die Überprüfung der Unterstützungswürdigkeit der Einzelfälle wandte sich der Landeshauptmann an den Landesvolksanwalt. Die Anforderung war, anhand von zu erstellenden Kriterien im Einzelfall zu prüfen, ob finanzielle Zuwendungen durch das „Netzwerk Tirol hilft“, die Sozialeinrichtungen des Landes und nötigenfalls weitere karitative Einrichtungen zur Vermeidung einer Delogierung gerechtfertigt sind. Einerseits mit dem Hintergrundwissen, dass in diesen finanziellen Notfällen praktisch immer die Sozialeinrichtungen des Landes (hier die Mindestsicherung bzw. der Mindestsicherungsfonds) gefordert sind und andererseits im Hinblick auf den verfassungsrechtlichen Beratungsauftrag des Landesvolksanwaltes von Tirol in Verwaltungsangelegenheiten (dazu zählt auch der Vollzug der rechtlichen Bestimmungen über die Mindestsicherung) wurde diese Aufgabe in dieser Form vorerst befristet übernommen.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 157 Delogierungsfälle geprüft und konnten in Zusammenarbeit mit dem „Netzwerk Tirol hilft“, dem Mindestsicherungsfonds und den Sozialreferaten bei den Bezirksverwaltungsbehörden rund 64 % der Delogierungen verhindert werden.

Seit März 2010 wurden beim Landesvolksanwalt insgesamt 456 Delogierungsfälle bearbeitet; davon konnten 299 Fälle bzw. 66 % der Fälle positiv erledigt und somit die Delogierung verhindert werden.

Dieser Erfolg konnte nur Dank der unkomplizierten und äußerst zielorientierten Arbeitsweise aller maßgeblichen Stellen erreicht werden, zumal viele Betroffene völlig unverständlicherweise im wahrsten Sinne des Wortes erst „fünf vor zwölf“ (manchmal erst am Vortag des Räumungstermins) bei uns vorsprechen und damit auch die MitarbeiterInnen des Landesvolksanwaltes in zeitlicher Hinsicht vor besondere Herausforderungen stellen. Namens der Betroffenen sei daher an dieser Stelle auch dem Koordinator des „Netzwerkes Tirol hilft“, Herrn Herbert Peer, und den MitarbeiterInnen des Mindestsicherungsfonds sowie allen SozialreferentInnen bei den Bezirksverwaltungsbehörden herzlich gedankt.



### 1.3.6 INTERNET – DATENBANK „WER HILFT WIE“

#### Wer hilft Wie – Die Suchmaschine im Sozial- und Behindertenbereich

The screenshot shows the 'wer hilft wie' website interface. At the top right, there are navigation links for 'Home', 'Impressum', and 'Hilfe'. The main header features the 'wer hilft wie' logo on the left and the text 'Finden Sie Ihre soziale Servicestelle in Tirol' next to a magnifying glass icon. Below this, the page is divided into several sections:

- Wählen Sie Ihren Bezirk in Tirol:** A map of Tyrol with a dropdown menu showing 'Gewählter Bezirk: alle Bezirke'.
- Suchbegriff eingeben:** A search input field with a 'Suchen' button.
- Suche einschränken (Mehrfachauswahl):** A grid of 13 checkboxes for search filters:
  - Familie
  - Frauen/Beratung
  - Männer/Beratung
  - Kinder/Jugend
  - Kirchl. Einrichtungen
  - Alte Menschen
  - Behinderung
  - MigrantInnen
  - Wohnungslosigkeit
  - Arbeit
  - Beratung/Therapie
  - Finanzen
  - Recht
- Wer ist "wer hilft wie"?:** Text explaining the service and providing contact information for the Telefonseelsorge Tirol (142) and the Landvolksanwalt.
- Die Initiatoren:** Logos for '142 TELEFON SEELSORGE INNSBRUCK' and 'LANDESVOLKSANWALT Organ des Tiroler Landtages'.

The footer contains the copyright notice: '© 2010 Kooperation des Landes Tirol und der Telefonseelsorge der Diözese Innsbruck' and 'made by holzweg'.

Gemeinsam mit der Telefonseelsorge Innsbruck unter der Leitung von Frau Dr.<sup>in</sup> Astrid Höpperger wurde bereits 2010 vom Team des Landesvolksanwaltes eine Suchmaschine entwickelt, die online rund 600 Einrichtungen im Sozial- und Behindertenbereich erfasst. Durch Eingabe eines Begriffes in die Suchleiste können diese Einrichtungen samt Zusatzinformationen über Erreichbarkeit oder Leistung abgerufen werden.

Präzisieren kann der User die Eingabe über 13 Schwerpunktbereiche (Überbegriffe) sowie über die Auswahl eines Bezirkes (Landkarte oder Leiste „alle Bezirke“). Schwerpunkte wurden auf die einfache Bedienung und Übersichtlichkeit gelegt. Hier hat die Fa. Holzweg, Innsbruck, unsere Vorstellungen sehr gut umgesetzt. Die Suchmaschine wird von der Telefonseelsorge und vom Büro des Landesvolksanwal-

tes gemeinsam gewartet und einmal im Jahr online aktualisiert.

Adresse: [www.werhilftwie-tirol.at](http://www.werhilftwie-tirol.at)

Diese Seite wird sehr stark frequentiert und wurde im Jahr 2012 von 23.892 Usern, somit

durchschnittlich von 1.991 Usern pro Monat oder 65 Usern pro Tag, aufgerufen.

Seit Bestehen der Suchmaschine im Juni 2010 erfolgten 55.000 Zugriffe. Dies zeigt den hohen Bedarf an diesem Onlineportal.

## 1.4 ERREICHBARKEIT

Anliegen können schriftlich, telefonisch oder mündlich an den Landesvolksanwalt herangetragen werden.

Hingewiesen wird auf das über unsere Homepage (siehe unten angeführte Internetadresse) zur Verfügung stehende Online-Formular für Anfragen und Beschwerden.

### **Landesvolksanwalt**

6020 Innsbruck, Meraner Straße 5

Telefon: 0512/508-3052

0810/006200 zum Ortstarif

Telefax: 0512/508-3055

E-Mail: [landesvolksanwalt@tirol.gv.at](mailto:landesvolksanwalt@tirol.gv.at)

[www.tirol.gv.at/landesvolksanwalt](http://www.tirol.gv.at/landesvolksanwalt)

Die Möglichkeit, den Landesvolksanwalt mittels der Servicenummer 0810/006200 zum Ortstarif in Anspruch zu nehmen, besteht weiterhin. Hievon wird – nicht nur als Möglichkeit der Anmeldung zu den Sprechtagen, sondern ganz allgemein – in vermehrtem Ausmaß Gebrauch gemacht.

### **ABENDSERVICE:**

Neben den üblichen Amtsstunden für den Parteienverkehr (Montag bis Donnerstag von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.30 Uhr bis 16.30 Uhr, sowie am Freitag von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr) ist der Landesvolksanwalt nach Terminvereinbarung von Montag bis Donnerstag auch abends erreichbar. Damit soll insbesondere berufstätigen Bürgerinnen und Bürgern oder Eltern von Kleinkindern eine zusätzliche Vorsprachemöglichkeit geboten werden.

### 1.5 SPRECHTAGE

Die Tiroler Landesordnung 1989 sieht vor, dass der Landesvolksanwalt seinen Sitz in Innsbruck hat. Er kann außerhalb der Landeshauptstadt Sprechtage abhalten, wenn dies zur Besorgung seiner Aufgaben zweckmäßig ist. Sprechtage in den Bezirken bieten Bürgerinnen und Bürgern Tirols die Möglichkeit, ihre Anliegen dem Landesvolksanwalt persönlich vorzutragen, ohne deswegen die oft zeitaufwändige Anreise nach Innsbruck in Kauf nehmen zu müssen. Im Interesse der Bürgernähe kommt den Sprechtagen deshalb ein hoher Stellenwert zu.

Aus diesem Grund werden zweimal jährlich, im Frühjahr und im Herbst, vom Landesvolksanwalt persönlich in den Bezirkshauptmannschaften und größeren Gemeinden außerhalb von Innsbruck Sprechtage abgehalten. Diese Sprechtage werden in der Landeszeitung, in Rundfunk und Presse, im Internet sowie mittels Plakaten in den Gemeinden entsprechend angekündigt.

#### **SPRECHTAGE DES LANDESVOLKSANWALTES DR. JOSEF HAUSER**

Bezirkshauptmannschaft Landeck	Montag,	26. November 2012
Bezirkshauptmannschaft Imst	Dienstag,	27. November 2012
Bezirkshauptmannschaft Reutte	Mittwoch,	28. November 2012
Bezirkshauptmannschaft Schwaz	Donnerstag,	29. November 2012
Bezirkshauptmannschaft Kufstein	Montag,	03. Dezember 2012
Bezirkshauptmannschaft Kitzbühel	Dienstag,	04. Dezember 2012
Bezirkshauptmannschaft Lienz	Mittwoch,	05. Dezember 2012

Beginn jeweils 9.00 Uhr, Anmeldungen persönlich oder telefonisch an den Landesvolksanwalt von Tirol, Innsbruck – Meraner Straße 5

Telefon: 0810/006200 zum Ortstarif, Fax 0512/508-3055.

Wir sind auch für Anliegen von Menschen mit Behinderung und deren Angehörige zuständig.

Besonders erfreulich ist, dass die Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden die Sprechstage des Landesvolksanwaltes wie bisher organisatorisch ausgezeichnet unter-

stützen und sie auch im Rahmen der amtlichen Verlautbarungen den Bewohnerinnen und Bewohnern ihres Bezirkes entsprechend kundmachen.

## **SPRECHTAGE DES LANDESVOLKSANWALTES DR. JOSEF HAUSER**

JENBACH	Montag, 03. September 2012, 14.30 Uhr
LANDECK	Dienstag, 04. September 2012, 09.00 Uhr
TELS	Dienstag, 04. September 2012, 14.30 Uhr
REUTTE	Mittwoch, 05. September 2012, 09.00 Uhr
IMST	Mittwoch, 05. September 2012, 14.30 Uhr
WÖRGL	Montag, 10. September 2012, 09.00 Uhr
KUFSTEIN	Montag, 10. September 2012, 14.30 Uhr
ST. JOHANN I.T.	Dienstag, 11. September 2012, 09.00 Uhr
MATREI I.O.	Dienstag, 11. September 2012, 14.30 Uhr
LIENZ	Mittwoch, 12. September 2012, 09.00 Uhr
SILLIAN	Mittwoch, 12. September 2012, 14.00 Uhr

im jeweiligen Gemeindeamt

Landesvolksanwalt von Tirol, Innsbruck – Meraner Straße 5.

Anmeldungen unter Telefon 0810/006200 zum Ortstarif.

Wir sind auch für Anliegen von Menschen mit Behinderung und deren Angehörige zuständig.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 26 Sprechtagge außerhalb von Innsbruck abgehalten. Die Sprechtagge wurden von 254 Personen, somit von durchschnittlich zehn Personen pro Sprechtag, in Anspruch genommen. Damit hat die Anzahl der bei den Sprechtaggen Vorsprechenden gegenüber dem Vorjahr wiederum um rund 10 % zugenommen. Trotz einer zunehmend virtuellen Welt scheint doch der persönliche Kontakt mit dem Volksanwalt eine große Rolle zu spielen.

An den Sprechtaggen kamen wieder die unterschiedlichsten Themen zur Sprache: So waren der Vollzug der Tiroler Bauordnung und Fragen zur Raumordnung bzw. Probleme bei geplanten Widmungen Themenschwerpunkte. Eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern berichtete über Probleme betreffend störende Immissionen durch Staub, Lärm und Geruch. Diese Immissionen betrafen neben gewerblichen Betrieben auch landwirtschaftliche Anwesen und Sportanlagen. Darüber hinaus berührten die Bürgerinnen und Bürger vor allem Fragen im Zusammenhang mit öffentlichen Straßen und Wegen sowie verschiedenste Problembereiche des Sozialrechts und des Förderungswesens.

**Wiederum resultierten zahlreiche Vorbringen aus dem Privatrecht. Die von meinen Vorgängern mit dem Präsidenten der Tiroler Rechtsanwaltskammer eingeführte Regelung, aus diesem Bereich Vorsprechende an einen vom Präsidenten namhaft gemachten, in der jeweiligen Bezirkshauptstadt ansässigen Rechtsanwalt zur kostenlosen Beratung weiterleiten zu dürfen, stellt eine wertvolle Bereicherung der Sprechtagge dar. Vorsprechende mit überwiegend im Zivilrecht verankerten Problemen können durch diese Regelung sogleich eine kompetente Beratung erhalten. Diese kostenlose Beratung hat sich zu einem unverzichtbaren Bestandteil des angebotenen Services entwickelt, wofür der Landesvolksanwalt dem Präsidenten der Tiroler Rechtsanwaltskammer in seinem wie im Namen der gesamten Tiroler Bevölkerung dankt.**

## 1.6 BEHINDERTENANSPRECHPARTNER

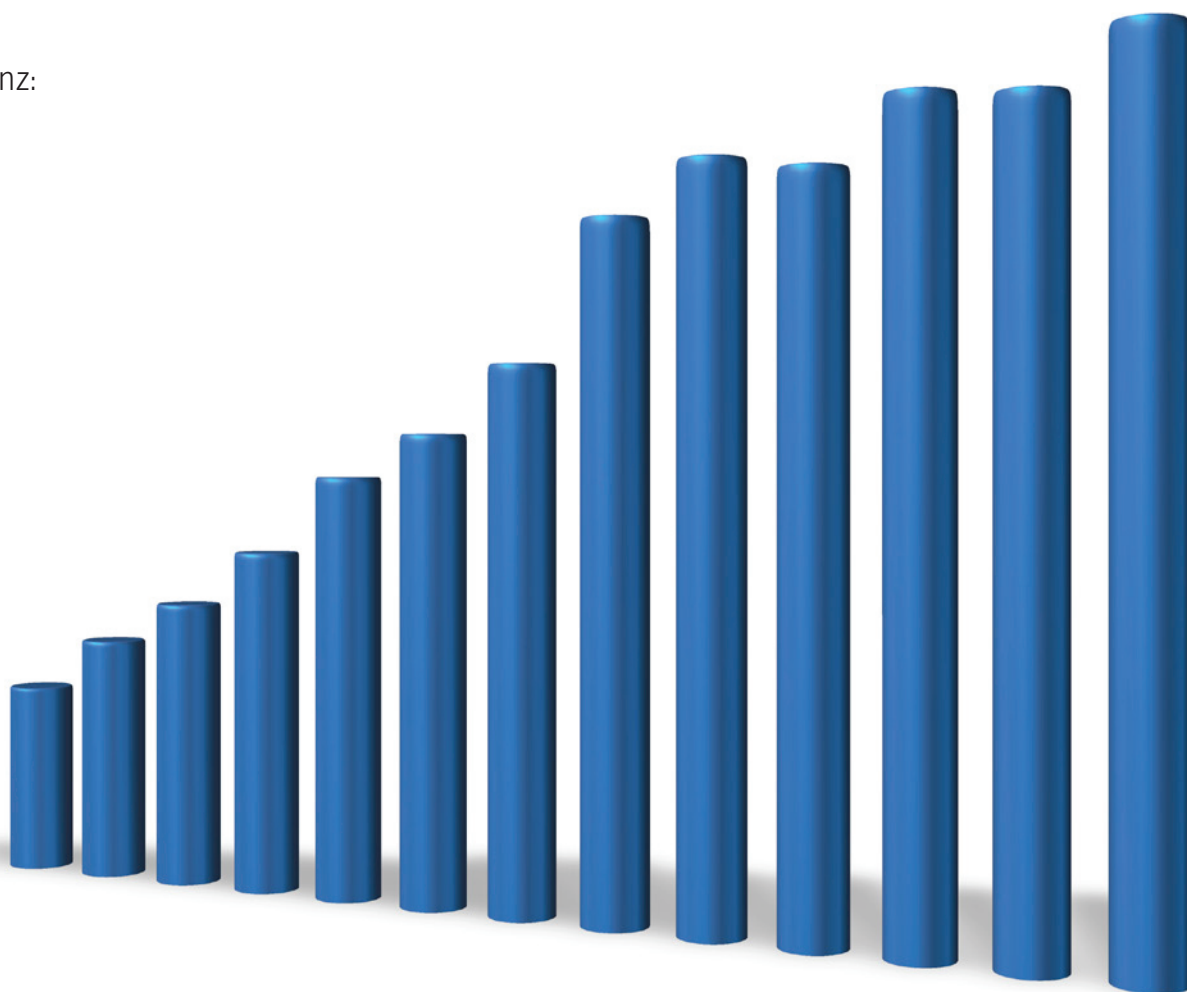
### Ausgangslage

Der Tiroler Landtag hat im Oktober 1999 beschlossen, beim Landesvolksanwalt den „Behindertenansprechpartner“ als zentrale Ansprechstelle für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige einzurichten. Herr Dr. Christoph Wötzer wurde mit dieser

Aufgabe betraut. Die personelle Besetzung blieb seit dem Jahr 2000 unverändert.

Der rege Parteienverkehr rechtfertigte von Beginn an diese Einrichtung. So wurde eine kontinuierliche Steigerung der Anzahl der Vorsprechenden bis zum Jahre 2008 von durchschnittlich 35 % pro Jahr verzeichnet.

Frequenz:



Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Parteien	224	286	334	389	487	536	613	769	826	810	878	870	929

Durch gezielte Weiterleitung der Hilfesuchenden an Facheinrichtungen konnte erreicht werden, dass sich der Parteienverkehr seit dem Jahr 2008 stabilisiert hat. Die Schwankungen betragen in den letzten Jahren weniger als 10 %.

Im Berichtsjahr haben 929 Menschen mit Behinderung und Angehörige von Menschen mit Behinderung Hilfe beim Behindertenansprechpartner gesucht.

### Arbeitsfelder des Behindertenansprechpartners

Trotz eingeschränkter personeller Möglichkeiten kann vielseitige Hilfe geleistet werden. Darunter fallen:

- Rechtliche Beratung von Menschen mit Behinderung und deren Angehöriger, insbesondere zur Versorgung von pflegebedürftigen Personen (stationäre und häusliche Versorgung samt Kostenfragen) und zu Pflegegeldverfahren
- Beratung zu finanziellen Hilfen von Menschen mit Behinderung
  - ➔ zum Ankauf von Hilfsmitteln wie z.B. Badelifter
  - ➔ zur Finanzierung von Rehabilitationsmaßnahmen wie z.B. Therapien
  - ➔ zu Urlaubskosten wie z.B. zur Entlastung der pflegenden Angehörigen
- Weitervermittlung der Betroffenen an Facheinrichtungen
- Besuche von Fachtagungen, Arbeits-sitzungen und Veranstaltungen innerhalb der zeitlichen Möglichkeiten

- Erarbeitung von Informationsmaterial im Behindertenbereich.

### Informationen zum Behindertenbereich

Die **Broschüre „Beratungsstellen und Einrichtungen im Behindertenbereich“** mit Anlauf- und Kontaktstellen zu den Bereichen Betreuung, Bauen und Wohnen, Berufsvorbereitung und Arbeitssuche, Freizeit, Selbsthilfeeinrichtungen, Wohngemeinschaften und anderen nützlichen Informationen im Behindertenbereich, die als wertvolle Orientierungshilfe für Einrichtungen, Behinderte und deren Angehörige dient, wurde in die Online Suchmaschine [www.werhilftwie-tirol.at](http://www.werhilftwie-tirol.at) eingearbeitet. Dieses Portal wurde im Berichtsjahr von 23.892 Besuchern aufgesucht. Näheres dazu siehe in diesem Bericht auf Seite 18.

Für das **Pflegegeld** sind seit 01.01.2012 die Pensionsversicherungsanstalten zuständig. Sehr dienlich in der Alltagsarbeit und für (mögliche) Pflegegeldbezieher ist der „Eigenbeurteilungsbogen“, mit Hilfe dessen ersichtlich ist, ob und in welcher Höhe ein Pflegegeld zusteht. Dieser ist über das Büro des Landesvolksanwaltes beziehbar.

Das Netzwerk INNOVIA – Service und Beratung zur Chancengleichheit gemeinnützige GmbH, Rennweg 7a, 6020 Innsbruck, bietet mit dem Projekt „CAPITO“ neben der Überprüfung der Verständlichkeit von Texten oder der Barrierefreiheit von Internetseiten auch die Übersetzung, Erstellung und Gestaltung von

Texten in leicht lesbarer und leicht verständlicher Form an.

Damit Menschen mit Behinderungen, die oft auch Schwächen im Lesen und Verstehen von Texten haben, die Informationen zu unserem Arbeitsfeld verstehen, wurde vom Netzwerk INNOVIA der **Falter des Landesvolksanwaltes von Tirol behindertengerecht** erstellt. Dieser ist über unser Büro beziehbar.



### **Finanzierung der häuslichen Betreuung und Allgemeines**

30 – 40 % der Menschen ab 70 Jahren brauchen zu einer selbstständigen Lebensführung zu Hause Hilfe im Alltag. Mit Unterstützungen, wie z.B. in der Körperpflege, Haushaltsführung und Essenszubereitung, beim Einkaufen gehen, Begleitdienste zum Arzt oder zu den Behörden, ist den Betroffenen oft ein Verbleiben zu Hause möglich.

Diese Betreuungsdienste werden zwischenzeitlich von einigen privaten Einrichtungen, häufig mit MitarbeiterInnen aus EU-Ländern, wie z.B. Slowenien, der Slowakei oder Bulgarien, angeboten. Die Betreuungspersonen sind als selbstständige UnternehmerInnen tätig und wohnen in den Haushalten der Betroffenen.

Arbeitsrechtliche Bestimmungen sowie qualitätssichernde Maßnahmen dazu finden sich im „Bundesgesetz, mit dem Bestimmungen über die Betreuung von Personen in privaten Haushalten erlassen werden (Hausbetreuungsgesetz – HBeG)“, BGBl. I Nr. 33/2007. Die Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994) führt in § 159 Abs. 1 zur „Personenbetreuung“ aus: „Gewerbetreibende, die das Gewerbe der Personenbetreuung ausüben, sind berechtigt, betreuungsbedürftige Personen zu unterstützen“. Dies umfasst beispielsweise Tätigkeiten wie Zubereitung von Mahlzeiten, Durchführung von Hausarbeiten, Wäscheversorgung oder Begleitung bei diversen Aktivitäten. Der Befugnisbereich dieser „PersonenbetreuerInnen“ wird durch den § 159 Abs. 2 GewO 1994 um die in § 3b Abs. 2 Z 1 bis 5 des Bundesgesetzes über Gesundheits- und Krankenpflegeberufe (Gesundheits- und Krankenpflegegesetz – GuKG) um Tätigkeiten erweitert, wie Unterstützungen bei der Körperpflege, beim Aufstehen und Niederlegen, beim An- und Auskleiden, bei der Benützung von Toiletten oder bei der Flüssigkeitsaufnahme und Arzneimittelaufnahme.

Pflegedienste fallen nicht in das Tätigkeitsfeld



und werden bei Bedarf von Familienangehörigen geleistet oder von professionellen Einrichtungen wie z.B. den Sozial- und Gesundheitssprengeln zugekauft.

### **Nutznieser sind über 90 % „Pflegebedürftige Personen“**

Nach übereinstimmenden Angaben der VertreterInnen von privaten Einrichtungen, die mit PersonenbetreuerInnen arbeiten, beziehen nur 5 – 8 % ihrer KlientInnen ein Pflegegeld der Stufen 1 und 2, sodass über 90 % der zu Hause betreuten Personen ein Pflegegeld der Stufe 3 und höher beziehen. Dieser Personenkreis gilt nach § 2 Abs. 3 des Tiroler Mindestsicherungsgesetzes (TMSG) als „pflegebedürftig“.

Dies zeigt, dass mit häuslicher Betreuung auch BezieherInnen höherer Pflegegeldstufen ein Verbleiben zu Hause ermöglicht wird. Dazu kommt, dass 90 % der Menschen ab 70 Jahren so lange wie möglich zu Hause bleiben und dort auch sterben möchten.

### **Kostensituation**

Die Kosten für die PersonenbetreuerInnen liegen je nach Qualifikation und Tätigkeitsfeld zwischen € 1.900,- und € 2.600,-/Monat zuzüglich der Kosten für Unterkunft und Verpflegung. Diese sind mit Ausnahme eines Beitrages durch das Bundessozialamt von höchstens € 550,-/Monat von den Betroffenen selbst zu tragen.

Die Versorgungskosten in einem Senio-

ren- und Pflegeheim betragen landesweit im Wohn- und Betreuungsbereich zwischen € 1.100,- und € 2.100,-/Monat und für Pflegegeldbezieher ab der Stufe 3 (also das Hauptklientel der häuslichen Betreuung) zwischen € 2.100,- und € 3.600,-/Monat. Soweit die HeimbewohnerInnen die Kosten nicht bezahlen können, werden diese im Ausmaß von 65 % vom Land Tirol und 35 % von den Gemeinden getragen.

### **Deutliche Kostenersparnis im häuslichen Bereich**

Der durchschnittliche Kostenbeitrag für die öffentliche Hand (Land und Gemeinden) im stationären Bereich liegt pro HeimbewohnerIn bei € 1.650,-/Monat. Erhebungen des Behindertenansprechpartners und Anlassfälle haben gezeigt, dass der Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand für Betroffene, die noch im häuslichen Bereich versorgt werden können, bei durchschnittlich € 625,-/Monat liegen würde, und damit um über 60 % geringer ist, als der (durchschnittliche) Kostenbeitrag für die Betroffenen im stationären Bereich.

Die Gründe dafür sind einerseits, dass in der häuslichen Versorgung (im Gegensatz zur stationären Versorgung, wo nach § 43 Abs. 1 lit c TMSG dem/der HeimbewohnerIn 20 % des Einkommens, die Sonderzahlungen und € 44,29 vom Pflegegeld verbleiben müssen) die gesamten verfügbaren Finanzmittel eingesetzt werden und andererseits häufig noch die Hilfe durch das Umfeld (Nachbarschaft, Freunde, Familie) gegeben ist, die für den Be-

treuungs- und Pflegeumfang entlastend und damit für den Kostenaufwand reduzierend wirkt.

Das Kostenverhältnis verschiebt sich weiter zuungunsten des stationären Bereiches, weil zu berücksichtigen ist, dass die obige Kostenaufstellung nur den laufenden Betrieb der Senioren- und Pflegeheime betrifft und keinerlei Kosten für die Errichtung, Erweiterung oder Sanierungsmaßnahmen von Senioren- und Pflegeheimen beinhaltet sind, die nach § 21 Abs. 4 TMSG von den Gemeinden „selbst zu tragen“ sind. Dafür werden aber vom Land Tirol Strukturförderungsmittel ausgeschüttet.

**Faktum ist, dass die oben angeführte Form der häuslichen Betreuung über PersonenbetreuerInnen nicht nur den Wünschen der Betroffenen, möglichst lange zu Hause bleiben zu können, entspricht, sondern für das Land/die Gemeinden erheblich billiger wäre.**

**Die Fachabteilung hat bisher eine Kostenbeteiligung für die häusliche Pflege abgelehnt. Damit waren nachweisbar Betroffene gezwungen, die ambulante Versorgung aufzugeben und in ein Heim zu gehen.**

### **Häusliche Betreuung entlastet stationäre Strukturen**

Tatsache ist, dass der häuslichen Betreuung Grenzen gesetzt sind, dies z.B. bei fehlenden Räumlichkeiten, intensivem Pflegebedarf der Betroffenen oder fehlendem stützenden Umfeld, und nicht jede/r Pflegebedürftige

zu Hause versorgt werden kann. Tatsache ist aber auch, dass in vielen Fällen mit finanzieller Unterstützung durch die öffentliche Hand der Verbleib zu Hause möglich ist und damit ein Heimaufenthalt vermieden oder verzögert werden kann. Dies dient der Entlastung der stationären Strukturen und auch dazu, den Bau von Senioren- und Pflegeheimen hinauszuzögern.

**Es ergeht daher an die politischen Entscheidungsträger die Anregung einer Mitfinanzierung in der häuslichen Betreuung. Ein erster Schritt könnte eine ergänzende IST-Stand-Erhebung und die Prüfung durch eine Wirtschaftsfachkraft sein, in welchem Ausmaß mit der Mitfinanzierung Einsparungen für die öffentliche Hand verbunden sind. In weiterer Folge können geeignete Rahmenbedingungen für die Umsetzung (Festlegung von Qualitätskriterien, Kontrollmechanismen, Tarifgestaltung u. a.) geschaffen werden.**

**Die Ergebnisse der Bestandserhebung und die daraus ableitbaren Möglichkeiten in der häuslichen Versorgung könnten auch in den Bedarfs- und Entwicklungsplan für den stationären Alten- und Pflegebereich einfließen.**

Für den administrativen Bereich zur Mitfinanzierung braucht die Fachabteilung personelle Ressourcen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten im Personalbereich sind aber im Hinblick auf die damit verbundenen Einsparungen leicht tragbar.

### Lücken im ambulanten Versorgungsnetz

Die ambulante Versorgung weist Lücken auf, insbesondere hinsichtlich

- Beratungshilfen und Schulungen als stützende Begleitung für die pflegenden Angehörigen vor Ort sowie
- Therapieleistungen (Physio- und Ergotherapie sowie Logopädie)

**Es ergeht die Anregung, diese Versorgungslücken im Zuge des Ausbaus des ambulanten Sektors, insbesondere der Sozial- und Gesundheitsprengel, zu schließen.**

### Bedarfs- und Entwicklungsplan im Behindertenbereich

Der Entwicklung im landesweiten Behindertenbereich fehlt eine taugliche Gesamtplanung. So sind Behinderteneinrichtungen ungleich auf die Bezirke verteilt. **Es darf aber nicht sein, dass der Wohnsitz entscheidend ist, ob Hilfe über eine Behinderteneinrichtung möglich ist oder nicht.**

**Es ergeht daher die Anregung zur Erstellung eines Bedarfs- und Entwicklungsplanes im Behindertenbereich.**

Ähnlich der Verpflichtung der Fachabteilung zur Erstellung eines Bedarfs- und Entwicklungsplanes für den stationären Alten- und Pflegebereich im Tiroler Heimgesetz 2005 bietet das Nachfolgegesetz des Tiroler Rehabilitationsgesetzes eine Möglichkeit zur Aufnahme einer solchen Verpflichtung der Fachabteilung. Der damit verbundene personelle Mehraufwand ist in den Überlegungen zu berücksichtigen.

### „UN-Konvention“ – Der Weg in die Zukunft

Die UN-Konvention „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ vom 13. Dezember 2006 – seit Oktober 2008 durch das Bundesgesetz Nr. 155/2008 für Österreich geltend – geht mit ihren Bestimmungen in Richtung Zukunft.

#### Schwerpunkte der UN-Konvention:

- Zentraler Begriff ist die „Teilhabe“ der Menschen mit Behinderung
- Behinderung wird ursachenunabhängig und altersunabhängig gesehen
- Orientierung erfolgt am Bedarf der Menschen mit Behinderung mit Schwerpunktsetzung Lebensqualität
- Selbstbestimmung und Wahlfreiheit der Betroffenen hinsichtlich Betreuungsstruktur sind weitere Grundsätze
- Es herrscht ein ganzheitliches Verständnis von Betreuung.

„Teilhabe“ von Menschen mit Behinderung im Sinne der UN-Konvention bedeutet **„gleichberechtigte Teilhabe“ in allen gesellschaftlichen und rechtlichen Bereichen.**

**Bei der „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ geht es darum, dass Menschen mit**

## **Behinderung und Menschen ohne Behinderung gleichberechtigten und gemeinsamen Zugang zu den verschiedensten (öffentlichen) Angeboten erhalten:**

Barrierefrei an Veranstaltungen teilnehmen zu können, barrierefrei mit Dritten (Behörden, Ärzten, Lehrern u.a.) kommunizieren zu können, alle relevanten (rechtlichen) Informationen in einer barrierefreien Form (z.B. im Format Leicht Lesen) zur Verfügung zu stellen, aber auch durch persönliche Assistenzleistungen ein Recht darauf zu haben, bei der Umsetzung eigener Entscheidungen (z.B. wo und wie möchte ich wohnen) unterstützt zu werden. Ebenso umfasst die „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ sportliche Aktivitäten, Urlaubsreisen und soziale Aktivitäten wie den Kurzbesuch im nahen Kaffeehaus.

**Die „Teilhabe am rechtlichen Bereich“ beinhaltet Rechte und Ansprüche von Menschen mit Behinderung auf Kurzzeitpflege, Heim- und Anstaltspflege, Mindestsicherung, Pflegegeld, psychosoziale Begleitung und persönliche Assistenz.**

## **Es besteht eine Verpflichtung zur (rechtlichen) Umsetzung**

Die UN-Konvention, die ebendiese Rechte in vielen Lebensbereichen erstmals überstaatlich formuliert, wurde von Österreich 2008 ratifiziert und damit verbindlich anerkannt. Nach Artikel 4 der UN-Konvention besteht für die Länder eine Verpflichtung, die Inhalte der Konvention umzusetzen. Gemäß Artikel 33 haben die Länder „Anlaufstellen für Angelegenheiten

im Zusammenhang mit der Durchführung“ der entsprechenden Maßnahmen einzurichten. Nach dieser Verpflichtung sind bestehende Gesetze auf Bundes- und Landesebene dahingehend zu überprüfen, ob die durch die UN-Konvention garantierten Rechte ausreichend umgesetzt sind. Ist dies nicht gegeben, so ist Österreich bzw. sind seine Bundesländer dazu verpflichtet, die jeweiligen Gesetze entsprechend zu ändern bzw. zu erweitern.

**Die in der UN-Konvention normierten Rechte der Menschen mit Behinderung sind erst dann verbindlich im nationalen Recht umgesetzt, wenn sie mit einem Rechtsanspruch versehen sind, um im Rechtsschutzweg entsprechend eingefordert werden zu können.**

Menschen mit Behinderung müssen sich darauf verlassen können, die ihnen zustehenden Rechte auch tatsächlich durchsetzen zu können – alles andere macht die Betroffenen nur zu „Bittstellern“ und führt dadurch zu einer neuerlichen Diskriminierung der Menschen mit Behinderung.

**Rechtsanspruch bedeutet größtmögliche Sicherheit; und erst dadurch wird ein gleichberechtigtes Miteinander garantiert.**

Die Umsetzung aller Rechte der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung ist mit einem gewissen Kostenaufwand verbunden und kann daher nur „nach und nach“ erfolgen. Die UN-Konvention sieht aber dazu keinen verbindlichen Zeitplan vor.

Demnach steht es den Vertragsstaaten frei, WANN sie die jeweiligen Rechte umsetzen. Eine zeitliche Planung zur Umsetzung ist aber dringend notwendig.

### **Anregung „Landesetappenplan“**

**Der Behindertenansprechpartner empfiehlt daher die Erarbeitung eines „Landesetappenplanes“ durch das Land Tirol und die dafür zuständige Fachabteilung, der verbindliche Zeitvorgaben für die Umsetzung der durch die UN-Konvention garantierten Rechte der Menschen mit Behinderung enthält.**

Dafür sind der Fachabteilung die personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

### **Anregung zur rechtlichen Umsetzung in Tirol**

Das Tiroler Rehabilitationsgesetz aus dem Jahr 1983 ist nicht mehr zeitgemäß. Der Gesetzesinhalt des Nachfolgegesetzes ist richtungsweisend für die Einstellung des Landes zum Behindertenbereich und für seine zukünftige Entwicklung.

**Es ergeht die Anregung, im Nachfolgegesetz zum Tiroler Rehabilitationsgesetz die Grundsätze der UN-Konvention umzusetzen und insbesondere die Leistungen im Behindertenbereich aufgrund der auch damit verbundenen Rechtssicherheit wo nur möglich als Pflichtleistung zu formulieren.**

### **Monitoringausschuss**

Auf Bundesebene wurde zur Überwachung der Einhaltung der UN-Konvention durch § 13 des Bundesbehindertengesetzes, BGBl 109/2008, ein unabhängiger „Monitoringausschuss“ mit Fachleuten und Sitz in Wien eingesetzt. Der Ausschuss arbeitet unter seiner Vorsitzenden, Frau Dr.<sup>in</sup> Marianne Schulze, sehr engagiert, gibt Empfehlungen und Stellungnahmen ab und berichtet dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz über seine Tätigkeit.

Jahresbericht 2012 und Näheres zur Arbeit des Monitoringausschusses siehe [www.monitoringausschuss.at](http://www.monitoringausschuss.at)

Tirol und andere Bundesländer sind entsprechend dem gesetzlichen Auftrag dabei, ähnliche Ausschüsse regional zu installieren.

### **Länderübergreifende Initiativen**

Die im Oktober 2010 auf Landesebene in Graz ins Leben gerufene „Länderkonferenz der Ombudsstellen für Menschen mit Behinderungen“ (LOMB) mit Herrn Dr. Siegfried Suppan, Behindertenanwalt der Steiermark, als Vorsitzenden hat sich bewährt. Dieser freie Zusammenschluss der Anwaltschaften für Menschen mit Behinderungen von Kärnten und der Steiermark, dem Behindertenansprechpartner von Tirol sowie der kooptierten Antidiskriminierungsstelle des Landesvolksanwaltes von Vorarlberg hat die bundesländerübergreifende koordinierte Interessensvertretung von Menschen mit Behinderung

zum Ziel. Zahlreiche Stellungnahmen für eine gedeihliche bundesweite Entwicklung im Behindertenbereich sind sichtbare Resultate dieser wertvollen Einrichtung. Der Informations- und Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern wird zwei Mal im Jahr im Zuge eines gemeinsamen Treffens gepflegt. Näheres siehe unter <http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/74836891/DE/>

### **DANKE für die Unterstützung**

Der Unterfertigte bedankt sich herzlich bei der Fachabteilung des Landes und den Fach-einrichtungen für Menschen mit Behinde-rung für die sehr gute Zusammenarbeit, aber insbesondere beim Herrn Landesvolksanwalt und seinem Team sowie bei Frau Mag.<sup>a</sup> Isolde Kafka, Gleichbehandlungs- und Antidiskrimi-nierungsbeauftragte des Landes Tirol, für die vielseitige Hilfe und Unterstützung. Ohne sie wäre die Bewältigung des Arbeits-aufwandes nicht möglich gewesen.

Dr. Christoph Wötzer,  
Behindertenansprechpartner

## 2.1 BEMERKUNGEN ZU EINZELNEN FÄLLEN

Durch die Darstellung beispielhafter Einzelfälle soll ein besserer Einblick in die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes gegeben und auch die Themenvielfalt aufgezeigt werden. Soweit nicht unbedingt notwendig, werden die Daten (z.B. Bezeichnung der Behörde oder Anführung der Gemeinde) anonymisiert wiedergegeben, da es nicht um ein „an den Pranger stellen“ von Behörden und Dienststellen bzw. ihrer Organe geht. Vielmehr soll ein besseres Verständnis für die Aufgaben und die Arbeitsweise des Landesvolksanwaltes geweckt und die Schwerpunktbildung veranschaulicht werden.

Auch hat eine auf konkreten Einzelfällen beruhende Stellungnahme der Ombudsstellen zu rechtlichen Fragen mehr Aussagekraft als eine eher abstrakte und allgemeine Auseinandersetzung mit Rechtsfragen.

In diesem Sinne haben die Damen und Herren Abgeordneten des Tiroler Landtages die Darstellung von Einzelfällen im Jahresbericht vielfach als besonders aussagekräftig bezeichnet und sich für die Beibehaltung der fallbezogenen Ausführungen ausgesprochen.

### 2.1.1 RAUMORDNUNGSRECHT EINE SONDERFLÄCHENWIDMUNG MIT FOLGEN

**Aufgeregt und verzweifelt sprach eine Beschwerdeführerin aus einer Innsbrucker Umlandgemeinde im Berichtsjahr beim Landesvolksanwalt vor und beklagte folgende Situation: In unmittelbarer Nachbarschaft zu ihrem Einfamilienwohnhaus werde von ihrem Nachbarn ein Stallgebäude für die Haltung von Hühnern in noch unbekannter Größenordnung errichtet. Sie befürchte schlimme Auswirkungen auf die bisherige Wohnqualität, insbesondere durch nicht vermeidbare Geruchsbelästigungen. Und was für sie kaum zu glauben sei: man habe ihr gesagt, sie habe aufgrund der bestehenden Flächenwidmung keine rechtlichen Möglichkeiten.**

Die vom Landesvolksanwalt durchgeführten Erhebungen bestätigten im Wesentlichen das Beschwerdevorbringen. Das Grundstück der Beschwerdeführerin mit darauf errichtetem Wohnhaus ist als „landwirtschaftliches Mischgebiet“ gewidmet. Das unmittelbar angrenzende Nachbargrundstück wurde vom Gemeinderat als „Sonderfläche für sonstige land- und forstwirtschaftliche Grundstücke – Gebäude für landwirtschaftliche Geräte und Maschinen im EG, Hühnerstall im UG“ gemäß § 47 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011 (TROG 2011) gewidmet.

Gemäß § 26 Abs. 3 lit. a der Tiroler Bauordnung 2011 (TBO 2011) sind Nachbarn, deren Grundstücke unmittelbar an den Bauplatz angrenzen oder deren Grenzen zumindest in einem Punkt innerhalb eines horizontalen Abstandes von fünf Metern zu einem Punkt der Bauplatzgrenze liegen, berechtigt, die Nichteinhaltung von Festlegungen des Flächenwidmungsplanes, soweit damit ein Immissionsschutz verbunden ist, geltend zu machen. Nun ist aber nach den entsprechenden Bestimmungen des TROG 2011 ein Immissionsschutz für Nachbarn nur bei den Widmungskategorien „Wohngebiet“, „Gewerbe- und Industriegebiet“ und bestimmten Gebäuden im „Mischgebiet“ vorgesehen. Die rechtlichen Bestimmungen für alle übrigen Widmungskategorien – so auch bei Sonderflächen – sehen keinen nachbarrechtlichen Immissionsschutz vor!

Ausgehend von dieser Rechtslage wurden erwartungsgemäß die von der Beschwerdeführerin erhobenen Rechtsmittel, nämlich die Berufung gegen den Baubescheid des Bürgermeisters an den Gemeindevorstand und die Vorstellung an die Tiroler Landesregierung, als unbegründet abgewiesen. Sämtliche Einwände der Beschwerdeführerin hinsichtlich der entsprechenden Schutzmaßnahmen gegen Lärm, Geruch und einer Beschränkung der Hühnerhaltung blieben damit unberücksichtigt. Zurück bleibt eine völlig enttäuschte Beschwerdeführerin, die

diese Tiroler Rechtslage nicht verstehen kann.

Auch für den Landesvolksanwalt ist es sachlich nicht nachvollziehbar, warum gerade bei den vielfach besonders sensiblen Sonderflächenwidmungen kein nachbarrechtlicher Immissionsschutz besteht.

**Dieser Fall ist beispielhaft für viele ähnliche Fälle in den vergangenen Jahren und veranlasst den Landesvolksanwalt zu folgenden Empfehlungen:**

- 1) Die Gemeinderäte werden wiederum eindringlich ersucht, Flächenwidmungen kritisch und im Hinblick auf mögliche Nutzungskonflikte vorausschauend zu prüfen.**
- 2) Beim Tiroler Landtag wird angeregt, eine Novellierung des TROG 2011 im Sinne eines nachbarrechtlichen Immissionsschutzes für alle Widmungskategorien vorzunehmen.**

## **2.1.2 SOZIALRECHT**

### **UMFASSENDE HILFESTELLUNG WAR NOTWENDIG**

**Eine junge Mutter zweier Kinder im Alter von drei und acht Jahren mit Migrationshintergrund wandte sich Hilfe suchend an den Landesvolksanwalt. Vordringlich sollte die Gefahr der Delogierung aus der Wohnung abgewendet werden. Darüber hinaus suchte die Betroffene nach der Trennung**



### **von ihrem Ehemann Unterstützung bei der Neuordnung ihres Lebens als alleinerziehende Mutter.**

Die verzweifelte Mutter hatte sich vor einiger Zeit von ihrem aggressiven und oft dem Alkohol zusprechenden Ehemann getrennt. Dieser kam seinen Unterhaltsverpflichtungen für seine ehemalige Gattin und die Kinder nur schleppend nach. Aufgrund dieser Umstände kam es rasch zu finanziellen Problemen, die auch ein gerichtlich anhängiges Delogierungsverfahren zur Folge hatten. Zum Zeitpunkt der Vorsprache beim Landesvolksanwalt war der gerichtliche Räumungstermin bereits fixiert – in genau vier Werktagen sollte die Familie ihre Wohnung verlassen – rasches Handeln war daher angesagt!

Aufgrund der Unterstützung des Landesvolksanwaltes konnte mit Hilfe des Mindestsicherungsfonds und weiterer karitativer Einrichtungen die Delogierung verhindert werden.

In Zusammenarbeit mit der Jugendwohlfahrt konnte das notwendige Unterhaltsverfahren eingeleitet werden. Mit der Hilfestellung bei der Beantragung der Mindestsicherung wurde bis auf Weiteres eine finanzielle Absicherung der jungen Familie sichergestellt. Schließlich konnte die junge Mutter bei der Arbeitssuche und der Absolvierung eines Deutsch-Intensivierungskurses unterstützt werden.

Mit herzlichen Worten bedankte sich die alleinerziehende Mutter beim Landesvolksanwalt für die umfassende Hilfestellung.

### **2.1.3 GRUNDVERKEHRSRECHT DAS TIROLER GRUNDVERKEHRSGESETZ 1996 GIBT EINEM ENGAGIERTEN JUNGBAUERN KEINE CHANCE**

**Bereits seit sieben Jahren bewirtschaftet ein höchst engagierter Jungbauer aus dem Tiroler Oberland rund 7 ha landwirtschaftliche Wiesen und hält 16 Hochlandrinder. Nun ergab sich die Möglichkeit, zwei unmittelbar an sein Stallgrundstück angrenzende Grundstückspartzen zu kaufen. Jedoch sah der Unabhängige Verwaltungssenat in Tirol als Berufungsbehörde in Grundverkehrsangelegenheiten unter Verweis auf das strenge Tiroler Grundverkehrsgesetz 1996 keine Möglichkeit, diesen Rechtserwerb zu genehmigen.**

Im Sommer 2012 errichtete unser Landwirt ein neues Wirtschaftsgebäude für seine Tiere. Im Zuge der Planungen betreffend die Errichtung einer Trinkwasserleitung wurde in Erfahrung gebracht, dass die beiden Nachbargrundstücke im Ausmaß von rund 1400 m<sup>2</sup> kürzlich verkauft worden waren. Diesem Kauf hatte die Bezirksgrundverkehrskommission die Genehmigung erteilt. Der Landesgrundverkehrsreferent erhob jedoch dagegen mit der Begründung, der Käufer sei kein Land-

wirt, Berufung. In der Folge wurde von der Berufungsbehörde das sogenannte Interessentenverfahren gemäß § 7a des Tiroler Grundverkehrsgesetzes 1996 in die Wege geleitet. Rechtzeitig meldete der Jungbauer sein Interesse am Erwerb der beiden Grundstücke an.

Nun aber scheiterte der Erwerb der dringend benötigten Grundstücke aus folgenden Gründen:

Gemäß § 2 Abs. 5 lit. a des Tiroler Grundverkehrsgesetzes 1996 gilt als Landwirt, wer einen landwirtschaftlichen Betrieb allein oder zusammen mit Familienangehörigen oder mit den darüber hinaus allenfalls erforderlichen landwirtschaftlichen Dienstnehmern bewirtschaftet.

Gemäß § 2 Abs. 2 des Tiroler Grundverkehrsgesetzes 1996 ist ein land- oder forstwirtschaftlicher Betrieb jede selbstständige wirtschaftliche Einheit, in deren Rahmen land- oder forstwirtschaftliche Grundstücke bewirtschaftet werden und die geeignet ist, zum Lebensunterhalt des Bewirtschafters und seiner Familie beizutragen.

Ausgehend von den zitierten rechtlichen Bestimmungen war der Unabhängige Verwaltungssenat in Tirol als Berufungsbehörde der Ansicht, dass ein Betrieb nur vorliegt, wenn Eigenflächen vorhanden sind. Tatsächlich bewirtschaftet der Beschwerdeführer

bisher auf Basis von Pachtflächen. Sein Vater ist Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken und wird diese selbstverständlich an seinen hoch engagierten Sohn übergeben. Diese Übergabe wäre grundsätzlich auch rasch möglich gewesen – dazu konnte es aber aus folgenden Gründen nicht mehr kommen:

- 1) Das Berufungsverfahren dauerte aus nicht nachvollziehbaren Gründen überdurchschnittlich lange.
- 2) Mit dem Tiroler Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz wurde festgelegt, dass alle vom Landesgrundverkehrsreferenten erhobenen und beim Unabhängigen Verwaltungssenat am 31.12.2012 noch anhängigen Berufungen mit 01.01.2013 als zurückgezogen gelten.
- 3) Das Interessentenverfahren wurde erst im Spätherbst 2012 in die Wege geleitet.

Der Vater des Beschwerdeführers konnte deshalb bis Jahresende nicht mehr übergeben. Die Berufung des Landesgrundverkehrsreferenten blieb unerledigt und gilt damit als zurückgezogen, womit der Ersterwerber zum Nachteil des Beschwerdeführers Eigentümer der besagten Grundstücke wurde.

Aus der Sicht des Landesvolksanwaltes geht diese gesetzliche Regelung und der strenge Vollzug gänzlich in die falsche Richtung. Einerseits werden in Tirol jedes Jahr

„viele Stalltüren endgültig zugemacht“ und andererseits wird einem jungen, höchst engagierten Bauern keine Chance gegeben einen Betrieb mit Eigenflächen aufzubauen. Gerade für solche Fälle sieht § 8 des Tiroler Grundverkehrsgesetzes 1996 eine Genehmigung mit Auflagen vor.

### **2.1.4 SOZIALRECHT FINANZHILFEN KONNTEN NOT LINDERN**

**„Ich möchte mich für Ihre Hilfe und Ihren Einsatz vielmals bedanken. Es ist berührend, dass es immer noch Menschen gibt, die ein offenes Ohr, Herz und Hände und den Blick für Menschen haben, die nicht auf die Sonnenseite des Lebens gefallen sind“.**

Die Hilfesuchende schilderte in einem Schreiben an uns die schwierige Situation. Ihre Mutter leide an Bandscheibenbeschwerden, sei nicht arbeitsfähig und beziehe Krankengeld. Sie brauche ein neues Bett und eine rüchenschonende Matratze. Zudem könnten derzeit verschiedene Rechnungen (Rauchfangkehrer, Brillen, Heizmaterial) nicht bezahlt werden, ohne den Lebensunterhalt für beide zu gefährden. Dazu komme, dass die Mutter das Schulgeld für den Besuch einer höheren Bundeslehranstalt nicht mehr aufbringen könne und daher die Ausbildung der Tochter gefährdet sei. Es war somit vielseitiger Handlungsbedarf gegeben.

Hier bewährten sich die guten Kontakte des Landesvolksanwaltes zu privaten Einrichtungen, die Finanzhilfe leisten. Von diesen wurde das Bett samt Matratze ebenso bezahlt wie die offenen Rechnungen. Die Peersche Stiftung übernahm die monatlichen Schulkosten für die Ausbildung der Tochter. Damit konnte die Notlage gelindert und der Schulbesuch der Tochter gesichert werden.

### **2.1.5 NACHBARSCHAFTSSCHUTZ GRELLE SCHEINWERFER IM WOHNZIMMER**

**„Die starke Flutlichtanlage leuchtet nicht nur unseren Fußballplatz, sondern mehr oder weniger auch unser gesamtes Wohnzimmer aus“ – so die Beschwerde bei einem Sprechtag des Landesvolksanwaltes in Reutte.**

Die Anrainerin eines Fußballplatzes brachte im Rahmen eines Bezirkssprechtages vor, dass seit einiger Zeit die Scheinwerfer der Flutlichtanlage derart ungünstig eingestellt seien, dass die Familie beim Aufenthalt auf der Terrasse oder im Wohnzimmer massiv geblendet werde. Das Problem bestehe seit rund drei Jahren und könnte durch ein Nachjustieren der Anlage mit relativ geringem Aufwand gelöst werden. Mehrere Gespräche mit den Fußballplatzbetreibern seien jedoch erfolglos geblieben.

Die Kontaktaufnahme des Landesvolksanwaltes mit dem Bürgermeister der betroffe-

nen Gemeinde bewirkte, dass dieser mit den verantwortlichen Personen des Sportvereines Kontakt aufnahm und das Anliegen der benachbarten Familie nochmals zur Sprache brachte. Mit einer entsprechenden Korrektur der Scheinwerfereinstellung konnte in der Folge das Problem gelöst werden.

### **2.1.6 VERKEHRSRECHT** **GRÖßERE SICHERHEIT DURCH EINE** **GESCHWINDIGKEITSBESCHRÄNKUNG**

**Seit mehreren Jahren kämpft eine Straßeninteressenschaft für die Entschärfung einer Gefahrenstelle auf einer Landesstraße. Letztendlich konnte eine Reduktion der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 80 auf 60 km/h erreicht werden.**

Die Vorgeschichte reicht bis in das Jahr 2009 zurück. Der Obmann der Straßeninteressenschaft teilte uns schriftlich mit, dass entlang der dortigen Landesstraße die Verkehrssicherheit im Bereich mehrerer Wegeinmündungen nicht gewährleistet sei, da die zulässige Höchstgeschwindigkeit nicht verhältnismäßig sei. Erst vor wenigen Tagen habe sich ein schwerer Verkehrsunfall mit Personen- und Sachschaden ereignet. Im Bereich der bestehenden Einfahrten komme es immer wieder zu gefährlichen Situationen, so auch zu Auffahrunfällen im Rahmen von Linksabbiegemanövern. Zudem sei die Sicherheit der Fußgänger nicht

gewährleistet, da diese an dieser Stelle die Straße zum Erreichen der Schule, des Kindergartens und des Ortszentrums sowie der Bushaltestelle überqueren müssten.

Erste Gespräche mit der Gemeinde zeigten, dass diese bereits mit der Straßenverwaltung in Kontakt stand und um eine entsprechende Überprüfung ersucht hatte. Als Sofortmaßnahme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wurde die Aufstellung von Gefahrenzeichen „Allgemeine Gefahren“ und einer Zusatztafel in gelber Ausführung mit dem Schriftzug „Linksabbieger“ vor dem jeweiligen Gefahrenbereich angeordnet. Der Obmann der Straßeninteressenschaft zeigte sich jedoch mit dieser Maßnahme nicht zufrieden und forderte nochmals eine Geschwindigkeitsreduktion und ein Überholverbot für den betreffenden Straßenabschnitt.

Nun trat der Landesvolksanwalt mit der Bezirkshauptmannschaft in Verbindung und ersuchte, die Angelegenheit unter Berücksichtigung der Anregungen der Straßeninteressenschaft nochmals eingehend verkehrstechnisch zu prüfen. Es wurde ein Gutachten des Kuratoriums für Verkehrssicherheit eingeholt. Der Gutachter kam zur Auffassung, dass aufgrund der zahlreichen Zu- und Abfahrten im gegenständlichen Bereich und zur Reduzierung von Gefahrensituationen beim Linksabbiegen eine Reduktion der höchstzulässigen Geschwindigkeit auf 60 km/h in einem Abschnitt von 800 m in beiden Fahrtrichtungen für notwendig und sinnvoll erachtet wird.

Diesem Gutachten folgend wurde von der Verkehrsbehörde bereits nach wenigen Wochen die entsprechende Verordnung, nämlich eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 60 km/h, erlassen und mit dem Aufstellen der Verkehrsschilder kundgemacht.

Dieses erfreuliche Ergebnis konnte dem Beschwerde führenden Obmann im Juni 2012 mitgeteilt werden.

### **2.1.7 SOZIALRECHT**

#### **FAMILIE MIT KINDERN VOR DELOGIERUNG GERETTET**

**Besondere Umstände, wie Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit, und die hohen Wohnkosten in Tirol sind immer wieder die Ursache, dass gerade Familien mit mehreren Kindern in finanzielle Not geraten und ihre Miete für die Wohnung nicht mehr bezahlen können – so auch in diesem Fall.**

Ein junges Ehepaar mit vier Kindern wandte sich Hilfe suchend an den Landesvolkswanwalt, da aufgrund besonderer Umstände eine finanzielle Notlage entstanden war, die auch das Bezahlen der Wohnungsmiete für längere Zeit unmöglich gemacht hatte.

Der Grund für den Mietrückstand war der schlechte gesundheitliche Zustand des Familienvaters und der Umstand, dass dieser zwar die Invaliditätspension bewilligt be-

kommen hatte, zuvor aber lediglich einen niedrigen Pensionsvorschuss bezog und damit die anfallenden Lebenshaltungskosten für sich und seine Familie nicht zur Gänze bestreiten konnte.

Nach Prüfung des Falles konnte der Mietrückstand schließlich durch das „Netzwerk Tirol hilft“, den Verein „Frauen helfen Frauen“ und den Mindestsicherungsfonds abgedeckt und dadurch die drohende Delogierung abgewendet werden.

**Die Verhinderung der Delogierung einer Familie mit Kindern aus ihrer Wohnung ist uns ein zentrales Anliegen. Dementsprechend konnte aufgrund der gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten (Sozialreferate bei den Bezirkshauptmannschaften, Mindestsicherungsfonds, „Netzwerk Tirol hilft“ und weiteren karitativen Einrichtungen) bisher in beinahe allen Fällen – zumindest das erste Mal – die Delogierung verhindert werden.**

### **2.1.8 STRASSENGESETZ**

#### **GESTALTUNG EINER PRIVATEINFAHRT IM ZUGE EINER STRASSENSANIERUNG**

**In einer Innsbrucker Umlandgemeinde wurde die Landesstraße, welche die Ortsdurchfahrt darstellt, umfassend saniert. Natürlich ging dieser Sanierung eine entsprechende Bauwilligung nach den Bestimmungen des Tiroler Straßengesetzes voraus.**

Eine Anrainerin der Landesstraße war jedoch mit der technischen Ausführung nicht einverstanden. Einerseits würden vier Abstellplätze auf der öffentlichen Straße der Gehsteigerrichtung zum Opfer fallen und andererseits entspreche die Gestaltung ihrer Grundstückseinfahrt nicht dem im Zuge des straßenbaurechtlichen Verfahrens abgeschlossenen Übereinkommen – so das Beschwerdevorbringen. Tatsächlich sei nämlich der Niveauunterschied zwischen Gehsteig und Privatgrundstück unkorrekt ausgeführt worden und die bestehende Thujenhecke habe massive Schäden erlitten.

Eine erste Kontaktaufnahme mit der zuständigen Abteilung des Amtes der Landesregierung zeigte deren Gesprächsbereitschaft, jedoch seien die Forderungen der Anrainerin einfach überzogen und mit den bestehenden Richtlinien in keiner Weise in Einklang zu bringen. Das Straßenprojekt sei bescheid- und projektgemäß ausgeführt worden, über Verbesserungsmaßnahmen im Bereich der privaten Einfahrt könne jedoch gesprochen werden. Dem entgegnete die Grundstückseigentümerin, dass die Einfahrt wesentlich steiler ausgeführt worden sei und damit eine Benützung kaum möglich sei.

Dies wurde vom Landesvolksanwalt zum Anlass genommen, einen Lokalausgang durchzuführen, um sich selbst ein Bild von der Situation vor Ort machen zu können. In einem nachfolgenden Lösungsvorschlag

wurden zwei technisch mögliche Varianten zur Diskussion gebracht; die Beschwerdeführerin erbat sich Bedenkzeit.

Es folgte ein reger Briefwechsel mit Lösungsvorschlägen und einer weiteren Besprechung. Die Anrainerin äußerte sich dahingehend, dass der Landesvolksanwalt ihr einziger Ansprechpartner sei, welchen sie in dieser Angelegenheit kontaktieren könne; von Seiten des Amtes der Landesregierung würde sie bereits seit geraumer Zeit keine Antwort mehr erhalten.

Letztendlich konnte ein Konsens erzielt werden, im Rahmen dessen seitens der Straßenverwaltung der finanzielle Aufwand für die Gestaltung der Einfahrt zur Gänze übernommen wurde. Weiters wurde die Hälfte der veranschlagten Kosten zur Herstellung einer straßenseitigen Einfriedungsmauer zum Schutz der Thujenhecke vor Streusalzeinwirkung zugesichert. Gleichzeitig wurde schriftlich vereinbart, dass damit alle Ansprüche aus diesem Titel abgegolten seien und weitere Folgekosten gegenüber dem Land Tirol nicht geltend gemacht werden können.

Die Beschwerdeführerin war schließlich mit diesem Ergebnis einverstanden und bedankte sich beim Landesvolksanwalt.

### **2.1.9 WASSERRECHT LÄRMBELÄSTIGUNG DURCH WASSERNUTZUNG AN DER SILL**

**Seit Jahren betreibt eine Einkaufsgesellschaft in Innsbruck zum Zwecke der Ökostromerzeugung eine Wasserkraftanlage an der Sill. Die Art und Weise der Wasserableitung stellte insbesondere in den Sommermonaten eine nicht unerhebliche Lärmquelle dar.**

Die Beschwerde führende Familie wohnt unmittelbar gegenüber der Wasserableitungsstelle auf der anderen Seite der Sill. Aus dem Gebäude des Einkaufszentrums war Wasser in großen Mengen in den Fluss abgeleitet worden. Dadurch entstand für die Familie eine Lärmbelästigung, welche zum Beispiel ein Schlafen bei offenem Fenster unmöglich machte.

Vom Landesvolksanwalt wurde umgehend die betroffene Behörde um Abgabe einer Stellungnahme zu den maßgeblichen Fragen, welchen Zweck diese Wasserableitung hat, ob sie in diesem Umfang unbedingt notwendig ist und ob die Menge der Wasserableitung reduziert und die Lärmbelästigung damit verringert werden kann, ersucht.

Die zuständige Behörde teilte nach Überprüfung des Beschwerdevorbringens in einem Antwortschreiben mit, dass offensichtlich das Übereich (eine Entlastungseinrichtung, die das zu viel eingezogene Wasser wieder in den Bach zurückleitet) die entsprechenden Lärmbelästi-

gungen hervorgerufen habe. Gleichzeitig wurde in Aussicht gestellt, mittels einer SPS-Steuerung (speicherprogrammierbare Steuerung) die Einhaltung der im Bescheid vorgeschriebenen Restwassermenge zu gewährleisten und damit die derzeit stattfindende händische Wasserdotierung nur mehr in Ausnahme- bzw. Störfällen zum Einsatz zu bringen. Damit sollte in absehbarer Zeit die vorhandene Lärmbelästigung reduziert werden.

Die Beschwerdeführer wurden entsprechend informiert und bedankten sich in der Folge mit einem Schreiben, in dem sie mitteilten, dass sich die Situation am Oberwasserkanal des Kraftwerkes wesentlich verbessert habe und jetzt weniger Wasser fließe als je zuvor. Damit verbunden war die erwünschte deutliche Lärmreduktion.

### **2.1.10 SOZIALRECHT RÄUMUNGSVERFAHREN KONNTE VERHINDERT WERDEN**

**Unser guter Kontakt mit Systempartnern, die Finanzhilfe leisten, ermöglichte eine rasche Krisenintervention.**

Soweit zeitlich möglich, war der Landesvolksanwalt im Einzelfall Menschen in Not bei der Aufbringung von Finanzmitteln behilflich, insbesondere dann, wenn es um den Erhalt der Wohnung ging.

Eine Unterländerin nahm mit uns schriftlich Kontakt auf und teilte mit, sie habe aufgrund

einer Krebserkrankung und der damit verbundenen Kosten sowie des mit der Krankheit verbundenen Verdienstentganges einen Mietrückstand von € 976,-. Begleiche sie diesen nicht ehestens, werde die Vermieterin einen Rechtsanwalt zur Einleitung eines Räumungsverfahrens einschalten.

Es war daher Eile geboten.

Im Zuge unserer Erhebungen stellten sich die Aussagen der Hilfesuchenden als zutreffend heraus. Wir nahmen daher mit dem „Netzwerk Tirol hilft“, dem Unterstützungsfonds der Arbeiterkammer und den Vinzenzgemeinschaften Kontakt auf, schilderten die Notlage und ersuchten um rasche Hilfestellung. Die drei Einrichtungen erklärten sich daraufhin bereit, den Mietrückstand zu gleichen Teilen zu übernehmen. Damit wurde ein Räumungsverfahren verhindert.

### **2.1.11 VERKEHRSRECHT**

#### **EIN VERKAUFTER PKW VERURSACHT NACHTRÄGLICH UNERWARTETE RECHTS- PROBLEME**

**Die Eigentümerin eines Personenkraftwagens hatte ihr Fahrzeug verkauft. Einige Wochen später erhielt sie unliebsame Post von der Verwaltungsstrafbehörde.**

Das gegenständliche Kraftfahrzeug war im Dezember 2011 an einen Interessenten aus dem Bezirk Innsbruck-Land verkauft worden. Am 03.01.2012 meldete der Käufer das

Fahrzeug auf seinen Namen an und bereits am 23.01.2012 erfolgte wiederum die Abmeldung. In der Folge wurde das Fahrzeug ohne behördliches Kennzeichen vom Käufer entgegen den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung 1960 (StVO) in einer Straße im Stadtgebiet von Innsbruck abgestellt. Ebenso rechtswidrig verabsäumte es der Käufer die alte Begutachtungsplakette, welche das Kfz-Kennzeichen der Vorbesitzerin aufwies, zu entfernen und die aktuelle Plakette, welche das Kennzeichen des Bezirks Innsbruck-Land aufweisen sollte, anzubringen. Dieser Sachverhalt hatte zur Folge, dass die Behörde ihre Verfolgungshandlungen gegen die Vorbesitzerin richtete und über sie mit Strafverfügung vom 23.02.2012 wegen Übertretung des § 82 Abs. 2 StVO eine Geldstrafe in der Höhe von € 100,- verhängte.

Leider hat es die Betroffene unterlassen, gegen die Strafverfügung ein Rechtsmittel einzubringen, sodass diese in Rechtskraft erwachsen ist. Nun sollte der Landesvolksanwalt diese „Ungerechtigkeit aus der Welt schaffen“ und sich für die Aufhebung der Strafverfügung einsetzen.

Nach eingehender Prüfung des Sachverhaltes erging an die Verwaltungsstrafbehörde die Anregung, die verfahrensgegenständliche Strafverfügung gemäß der Bestimmung des § 52a Abs. 1 des Verwaltungsstrafgesetzes 1991 (VStG) aufzuheben und gleichzeitig das Verwaltungsstrafverfahren gegen den Käufer des Fahrzeuges, welcher dieses rechtswidrig



abgestellt hatte, einzuleiten. Von Seiten des Landesvolksanwaltes wurde die Rechtsansicht vertreten, dass in diesem Fall die Aufhebung der rechtskräftigen Strafverfügung von Amts wegen möglich ist, zumal das Gesetz zum Nachteil der Bestraften offenkundig verletzt worden ist (siehe Kommentar Verwaltungsverfahren von Thienel/Zeleny, 18. Auflage, Anmerkungen zum § 52a VStG).

Die Strafbehörde folgte dieser Rechtsansicht

und führte dazu aus, es werde unzweifelhaft ein Nachteil im Sinne dieser gesetzlichen Regelung für die Beschuldigte erblickt, zumal sie einer Tat für schuldig befunden worden sei, die sie nicht begangen habe.

Dementsprechend wurde die gegenständliche Strafverfügung von Amts wegen aufgehoben und das Verwaltungsstrafverfahren gegen die Beschwerdeführerin gemäß § 45 Abs. 1 Ziffer 2 VStG eingestellt.

## 2.2 ANREGUNGEN AN GESETZGEBUNG UND VERWALTUNG

### 2.2.1 ALLGEMEINES

Die Auswertung der insgesamt 5.942 Bürgerkontakte im Berichtsjahr ergab, dass 1.604 Beschwerden (rund 27 % der Gesamtkontakte) vorgebracht und 4.338 Beratungsgespräche geführt wurden. Damit hat sich erfreulicherweise der bereits im letzten Jahr festgestellte Trend, dass die Anzahl der Beschwerden abnimmt, im Berichtsjahr fortgesetzt.

Die konstanten und signifikanten Steigerungen bei der Anzahl der Beratungsgespräche über die letzten Jahre zeigen deutlich auf, dass die Menschen im Umgang mit der unüberschaubaren Menge an rechtlichen Be-

stimmungen überfordert sind. Dies betrifft sowohl die große Anzahl der Gesetze und Verordnungen als auch die für rechtsunkundige Bürgerinnen und Bürger mangelnde Verständlichkeit mancher Bestimmungen.

Dementsprechend darf wiederum darauf hingewiesen werden, dass der Österreichische Bundesgesetzgeber im Jahr 2001 das Deregulierungsgesetz 2001, BGBl 151/2001, beschlossen hat. Die darin enthaltene Bestimmung des Artikel 1 trägt dem Gesetzgeber auf, bei der Änderung eines Gesetzes zu prüfen, ob das Gesetz oder einzelne Bestimmungen desselben noch notwendig und zeitgemäß sind oder ob die angestrebten

Wirkungen nicht auch auf andere Weise erreicht werden könnten. Bei der Vorbereitung der Umsetzung von Gemeinschaftsrecht ist insbesondere darauf zu achten, dass die vorgegebenen Standards nicht ohne Grund übererfüllt werden. Weiters wird den mit der Vorbereitung von Akten der Bundesgesetzgebung betrauten Organen eine besondere Prüfung der Folgen eines Gesetzes, so z.B. der finanziellen Auswirkungen und des Verwaltungsaufwandes im Vollzug, aufgetragen. In diesem Zusammenhang ist positiv zu erwähnen, dass die Landeshauptleutekonferenz bereits im September 2010 von der Bundesregierung gefordert hat, sämtliche Bundesrechtsvorschriften mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden Deregulierung zu durchforsten und entsprechende Änderungen in die Wege zu leiten. Die damals vorgelegten Vorschläge der Länder zielten darauf ab, die Bürgerinnen und Bürger von überbordenden Rechtsvorschriften zu entlasten und die Verwaltungskosten in den Bundesländern zu reduzieren. Im Frühjahr 2011 wurde pro Materlengesetz eine Projektorganisation, welche detaillierte Deregulierungsvorschläge ausarbeiten soll, vereinbart. In ihrer Tagung am 11. Oktober 2011 befasste sich die Landeshauptleutekonferenz mit der Zwischenevaluierung der geforderten Deregulierungsmaßnahmen (vergleiche dazu den Bericht zum Budget-Landtag 2011 von Landeshauptmann Günther Platter, Seite 71 f.). Leider konnte bisher keine spürbare Verein-

fachung von Rechtsvorschriften in obigem Sinne verzeichnet werden.

**Die Zusammenarbeit des Landesvolksanwaltes mit den beteiligten Behörden bzw. BehördenvertreterInnen funktioniert im Allgemeinen klaglos. Vereinzelt musste auch im vergangenen Jahr wieder festgestellt werden, dass dem Ersuchen des Landesvolksanwaltes um Abgabe einer Stellungnahme zu einem bestimmten Beschwerdevorbringen aus nicht nachvollziehbaren Gründen verspätet, manchmal erst nach mehreren Urzügen, nachgekommen wurde. In diesem Zusammenhang darf einmal mehr um Verständnis für die Forderung nach rascher Bearbeitung der vom Landesvolksanwalt eingehenden Anfragen ersucht werden, da auch der Landesvolksanwalt selbst seinem verfassungsmäßigen Auftrag auf „unverzügliche Prüfung jeder Beschwerde“ und „ehestmögliche Mitteilung des Prüfungsergebnisses an den Beschwerdeführer“ nachzukommen hat (Artikel 59 Abs. 2 der Tiroler Landesordnung 1989).**

### **2.2.2 RAUMORDNUNG FEHLENDE RECHTSSCHUTZMÖGLICHKEITEN**

Bereits in den Jahresberichten 2008 und 2009 wurde auf den fehlenden Rechtsschutz bei raumordnungsrechtlichen Maßnahmen (insbesondere bei Flächenwidmungen) hingewiesen. Dem Landesvolksanwalt wurde dabei

immer wieder entgegengehalten, dass die im Bundes-Verfassungsgesetz normierte Gemeindeautonomie einer rechtlichen Regelung zur Schaffung einer entsprechenden Rechtsschutzmöglichkeit entgegenstehen würde.

Auch im abgelaufenen Jahr wurden dem Landesvolksanwalt mehrere problematische Fälle vorgetragen und es wird daher nochmals die besondere Problematik des fehlenden Rechtsschutzes in Raumordnungsangelegenheiten aufgezeigt. Dabei wird von Seiten des Landesvolksanwaltes nicht verkannt, dass hier die verfassungsrechtlichen Schranken der Gemeindeautonomie zu beachten sind und auch ein mit einer Rechtsschutzmöglichkeit verbundener allfälliger Verwaltungsmehraufwand zu berücksichtigen ist.

**Offensichtlich ist diese Problematik nicht nur in Tirol ein Thema. So hat der Vorarlberger Landtag im Sommer 2011 einen interessanten Vorstoß unternommen und in den §§ 23, 23a und 23b des in Vorarlberg geltenden Gesetzes über die Raumplanung für die Eigentümer von Grundstücken wenigstens die Möglichkeit eröffnet, dass der ein „Umwidmungsansuchen“ ablehnende Beschluss des Gemeinderates der Landesregierung als Aufsichtsbehörde zur Prüfung vorgelegt werden muss. Ähnliche Überlegungen sollten auch in Tirol angestellt werden.**

*Aufgrund der Aktualität dieser Problematik wird diese Anregung aus dem Bericht des Jahres 2011 nochmals wiederholt.*

### 2.2.3 RAUMORDNUNG

#### FREIZEITWOHNSITZE KÖNNEN NACHTRÄGLICH ANGEMELDET WERDEN

Mit Landesgesetz vom 25.11.1993 über die ausnahmsweise Zulässigkeit von Gebäuden im Freiland, LGBl. Nr. 11/1994, wurden in Tirol zahlreiche Freizeitwohnsitze nachträglich in rechtlicher Hinsicht saniert bzw. legalisiert. Die Frist für die Anmeldung aller Freizeitwohnsitze beim Bürgermeister endete nach den raumordnungsrechtlichen Bestimmungen am 31.12.1998. Nach den nunmehr geltenden raumordnungsrechtlichen Vorschriften dürfen nur mehr jene Freizeitwohnsitze verwendet werden, welche einerseits rechtzeitig angemeldet wurden und für die andererseits ein Feststellungsbescheid des Bürgermeisters über die Zulässigkeit der Verwendung als Freizeitwohnsitz vorliegt. Gleichzeitig hatte der Bürgermeister diese Freizeitwohnsitze in ein entsprechendes Verzeichnis (Freizeitwohnsitzverzeichnis) aufzunehmen. Scheint ein Freizeitwohnsitz in diesem Verzeichnis nicht auf, ist nach den geltenden Bestimmungen des Tiroler Grundverkehrsgesetzes 1996 auch eine Veräußerung bzw. ein Erwerb nicht mehr möglich. Nun sind in den letzten Jahren mehrere Fälle an den Landesvolksanwalt herangetragen

worden, denen allen gemeinsam war, dass der betroffene Freizeitwohnsitz völlig rechtskonform vor der Errichtung baurechtlich mit dem Verwendungszweck „Freizeitwohnsitz“ bewilligt wurde und – aus welchen Gründen auch immer (z.B. wegen längerer Ortsabwesenheit oder mündlicher Auskunft durch die Baubehörde, der Freizeitwohnsitz sei aufgrund der Baubewilligung „in Ordnung“) – die oben zitierte Anmeldefrist versäumt und die Eintragung in das Freizeitwohnsitzverzeichnis nicht durchgeführt wurde. Damit dürfen diese Freizeitwohnsitze weder benützt – auch nicht vom Eigentümer selbst – noch veräußert werden. Das führt nun zu dem absurden Ergebnis, dass völlig legal und baurechtlich genehmigte Freizeitwohnsitze nicht mehr benützt werden dürfen, hingegen ursprüngliche „Schwarzbauten“ zufolge Anmeldung nach den raumordnungsrechtlichen Bestimmungen und nachträglicher baurechtlicher Genehmigung nutzbar und veräußerbar sind. Diese Rechtslage kann keinem Betroffenen verständlich gemacht werden und widerspricht auch ganz allgemein dem gesunden Rechtsempfinden.

**Nicht zuletzt über Anregung des Landesvolksanwaltes wurde in § 17 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011 nochmals die nachträgliche Anmeldung von Freizeitwohnsitzen letztmalig bis zum 30. Juni 2014 eröffnet. Es ergeht daher insbesondere an die Gemeindeverwaltungs-**

**behörden die Anregung, die Betroffenen entsprechend zu informieren.**

*Nachdem die Frist für die nachträgliche Anmeldung von Freizeitwohnsitzen noch offen ist, wird auch diese Anregung wiederholt!*

#### **2.2.4 GRUNDVERKEHRSRECHT DAS TIROLER GRUNDVERKEHRSGESETZ 1996 ANPASSEN**

Bezugnehmend auf den in diesem Bericht unter Punkt 2.1.3 geschilderten Fall – „Das Tiroler Grundverkehrsgesetz 1996 gibt einem engagierten Jungbauern keine Chance“ – wird dringend angeregt, entweder das Gesetz bei der nächsten Novellierung entsprechend anzupassen oder den Vollzug des bestehenden Gesetzes zu überdenken. Nach Ansicht des Landesvolksanwaltes könnte ein Rechtserwerb von Grundstücken, wie im Fall 2.1.3 geschildert, abgesichert mit einer Auflage und allenfalls einer Kautionschiffchen durchaus auf der Grundlage des geltenden Tiroler Grundverkehrsgesetzes 1996 genehmigt werden.

#### **2.2.5 SOZIALRECHT TIROLER MINDESTSICHERUNGSGESETZ – ENTSCHÄDIGUNGSZAHLUNGEN**

Nach § 15 des Tiroler Mindestsicherungsgesetzes (TMSG) sind bei der Berechnung

der Mindestsicherung „Vermögen“ (mit Ausnahme eines Freibetrages von € 3.974,-) zu berücksichtigen und bestimmte Einkünfte, wie z.B. Familienbeihilfe oder Pflegegeld, „außer Ansatz zu lassen“.

Im Zuge der Gesetzeswerdung wollte der Gesetzgeber damit Leistungen ausnehmen, die zweckgebunden erfolgen, wie eben z.B. die Familienbeihilfe oder das Pflegegeld.

An Opfer von Gewalt in staatlichen und kirchlichen Einrichtungen wurden in der Vergangenheit finanzielle Unterstützungen geleistet, sogenannte „Entschädigungszahlungen“. Diese Leistungen stellen eine Entschädigung für erlittene körperliche und seelische Schäden von Opfern von Gewalt dar, sind aber im TMSG nicht unter jenen Einkünften genannt, die „außer Ansatz zu lassen“ sind, weil der Gesetzgeber zur Zeit der Gesetzeswerdung an solche Leistungen nicht gedacht hat. Aufgrund einer strengen (wörtlichen) Gesetzesauslegung wurden die Entschädigungszahlungen von einer Bezirksverwaltungsbehörde als „Vermögen“ berücksichtigt, weshalb der Antrag auf Mindestsicherung einer Alleinerziehenden abgelehnt worden war.

Diese Problematik haben wir im letzten Jahresbericht aufgezeigt und die Fachabteilung und den politischen Referenten um Beseitigung dieser Rechtsunsicherheit ersucht.

Mit Erlass der Fachabteilung vom August 2012 an die Erstbehörden wurde (verbind-

lich) festgestellt, dass Entschädigungszahlungen aufgrund der Zweckgebundenheit dieser Zahlungen von der verpflichtenden Vermögensverwaltung nach § 15 TMSG auszunehmen sind. Über die Herkunft solcher Mittel ist „ein entsprechender Nachweis vorzulegen“.

Damit wurde auch diese Rechtsunsicherheit beseitigt.

### **2.2.6 RICHTLINIEN IM SOZIAL- UND BEHINDERTENBEREICH**

Aufgrund vieler Rückmeldungen über die Praktikabilität der gesammelten Richtlinien werden diese auch in diesem Bericht nochmals angeführt.

Ganz im Sinne auch unserer Anregungen in der Vergangenheit hat die Fachabteilung durch die Ausarbeitung von „Richtlinien“ in verschiedenen Bereichen geholfen, einige Fachmaterien hinsichtlich Leistungsbezug und Finanzierung für die Bürgerinnen und Bürger transparenter zu gestalten. Unabhängig des Umstandes, dass die darin formulierten Leistungen in manchen Bereichen nicht dem tatsächlichen Bedarf entsprechen, wird diese Entwicklung doch sehr positiv gesehen, bringt sie doch besseres Verständnis für gesetzliche Regelungen und verstärkte Rechtssicherheit.

Positiv ist auch, dass diese Richtlinien über die Homepage des Landes Tirol der breiten Bevölkerung zur Verfügung stehen. So können unter <http://www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/soziales/gesetze/> folgende Richtlinien heruntergeladen werden:

- Richtlinie über die Förderung von Hilfskräften für Kinder mit Behinderung in Landesschulen
- Richtlinie des Landes Tirol betreffend die Förderung der Kurzzeitpflege und Kurzzeitbetreuung für Menschen mit Behinderung
- Tiroler Förderrichtlinie für Menschen mit Behinderung
- Richtlinie für Kostenbeiträge für stationäre Leistungen der Behindertenhilfe
- Richtlinien für die Gewährung von Förderungen aus dem Tiroler Kriegsopfer- und Behindertenfonds
- Richtlinie für den Heizkostenzuschuss 2012/2013
- Richtlinie des Landes Tirol zur Förderung der mobilen Pflege und Betreuung in Tirol
- Richtlinie des Landes Tirol zur Förderung der Tagespflege für pflege- und betreuungsbedürftige Personen in Tirol
- Förderrichtlinie für betreuungs- oder pflegebedürftige Menschen
- Richtlinie des Landes Tirol zur Förderung der Kurzzeitpflege für pflegebedürftige Personen

## **2.2.7 SOZIALRECHT**

### **MENSCHEN IN NOT – UNTERLAGEN DES LANDESVOLKSANWALTES HELFEN**

#### **Internetplattform im Sozial- und Behindertenbereich**

Oft wissen Hilfesuchende nicht, wohin sie sich wenden können. Aus diesem Grund wurde in Zusammenarbeit mit der Telefonseelsorge eine Aufstellung von rund 600 Einrichtungen erarbeitet, die im Sozial- und Behindertenbereich Hilfeleistungen anbieten (siehe Seite 18 dieses Berichtes). Diese Information wurde im Berichtsjahr überarbeitet und ist unter [www.werhilftwie-tirol.at](http://www.werhilftwie-tirol.at) abrufbar.

#### **Aufstellung über „Einrichtungen für Finanzhilfen“**

Für Hilfesuchende, die keinen Internetzugang haben und vor allem Finanzhilfe brauchen, wurde im Berichtsjahr die Unterlage „Einrichtungen für Finanzhilfen“ überarbeitet. Auf drei Seiten werden Einrichtungen, die finanzielle Hilfe leisten, aufgelistet. Randbemerkungen zu den aufgelisteten Einrichtungen über die Schwerpunkte der Hilfeleistungen dienen dazu, dass Hilfesuchende nicht bei Einrichtungen ansuchen, bei denen eine Finanzhilfe nicht wahrscheinlich ist, so z.B. wenn ein Hilfesuchender bei der Arbeiterkammer Tirol um Finanzhilfe ansucht, jedoch nicht Kammermitglied ist. Ergänzt wurde die Aufstellung durch die aktuellen E-Mail-Adressen.

Mit dieser Unterlage können die Einrichtungen von den Hilfesuchenden nunmehr auch per E-Mail gezielt angesprochen werden.

### „Antrag auf Finanzhilfe“

Ein weiteres Problem ist der Umstand, dass nicht wenige Hilfesuchende Defizite in der Schriftform haben und daher einen Antrag auf Finanzhilfe nicht selbst formulieren können. Zudem sind viele Betroffene nicht in der Lage, ihre Notlage zu schildern. Die Arbeiterkammer Tirol beziffert diese Gruppe mit bis zu 24.000 Personen in Tirol.

Dies war der Grund, weshalb bereits Mitte 2011 ein „Antrag auf Finanzhilfe“ erarbeitet wurde, der sich in der Praxis bereits sehr bewährt hat. Vorgegebene Felder erleichtern erheblich das Ausfüllen. Eine eigens dafür konzipierte „Erläuterung“ hilft bei der Handhabung. Damit ist eine Antragstellung auch für Hilfesuchende mit Formulierungs- und Schreibschwächen möglich. Weiters sind die Informationen so ausgelegt, dass die Entscheidungsträger „vom Schreib-

tisch aus“ die Situation und die Hilfsbedürftigkeit beurteilen können. Aufgrund der Angabe der Telefonnummer des/der Hilfsbedürftigen kann die Situation bei Bedarf rasch hinterfragt werden. Dieser Antrag wurde aktualisiert und aus datenschutzrechtlichen Gründen mit folgendem Vermerk ergänzt:

*„Der/die Unterstützungssuchende stimmt zu, dass seine/ihre in diesem Formular bekannt gegebenen Daten zur Beurteilung der Hilfeleistung verarbeitet und an Einrichtungen und Personen, die im Rahmen des Ansuchens um Hilfeleistung ersucht werden, im unbedingt notwendigen Ausmaß übermittelt werden. Diese Zustimmung kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.“* Der Antrag ist eine Word Datei, kann über Word bearbeitet und per E-Mail versendet werden.

Die Aufstellung der „Einrichtungen für Finanzhilfen“ und der „Antrag auf Finanzhilfe“ können über das Büro des Landesvolkswaltes angefordert werden.

## 3.1 EUROPÄISCHES OMBUDSMANN-INSTITUT (EOI)

Dem Europäischen Ombudsmann-Institut mit Sitz in Innsbruck gehören als europäische Vereinigung der Volksanwälte (Ombudsleute, Bürger- und Menschenrechtsbeauftragte) 110 institutionelle und 76 individuelle Mitglieder aus ganz Europa an. Das EOI hat sich in den

letzten Jahren vor allem für eine Verbreitung der Ombudsmann-Idee in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas eingesetzt. Schon aus der Anzahl der Mitglieder kann dessen Bedeutung abgeleitet werden.

Nach den Statuten dieses nach Österreichischem Recht eingerichteten Vereins werden insbesondere die Förderung des Erfahrungsaustausches auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene sowie die wissenschaftliche Behandlung und Forschung auf dem Gebiet von Menschenrechts- und Ombudsmann-Fragen bezweckt. Insbesondere der Erfahrungsaustausch im Rahmen der in verschiedenen Ländern organisierten Veranstaltungen ist für eine regionale Einrichtung wie den Landesvolksanwalt von besonderer Bedeutung.

Im Rahmen der letzten ordentlichen **Generalversammlung am 24. September 2011 in Novi Sad** (Hauptstadt der serbischen Provinz Vojvodina) wurde mein Mitarbeiter, Herr Dr. Josef Siegele, als Generalsekretär des EOI einstimmig wiedergewählt. Ich wurde wiederum in den Vorstand des EOI gewählt. Im Berichtsjahr fanden **am 13. April in Florenz und am 28. September in St. Petersburg Vorstandssitzungen** statt.

## **EOI – AKTUELLE ENTWICKLUNGSTENDENZEN**

Seit der Übernahme der Funktion des Generalsekretärs durch Herrn Dr. Josef Siegele wurden wesentliche Schritte in Richtung einer Verbesserung der Kommunikation mit den Mitgliedern (Schaffung einer neuen Mitglieder-Identitätskarte) und einer Verbesserung der Außenwirkung (komplette Überarbeitung

der Homepage) umgesetzt. In den gut zugänglichen Räumen der Amtsbibliothek des Landes Tirol wurde in einer eigenen Abteilung die umfangreiche EOI-Bibliothek eingerichtet. **Im Rahmen einer Kooperation mit der Universität Innsbruck wurde die Fachliteratur des EOI auch den Lehrenden und Studierenden der Universität sowie dem international interessierten Publikum zugänglich gemacht. Im Juni 2012 wurde eine Kooperation mit der Universität Padua fixiert.** Weiters erfolgen laufend Gespräche hinsichtlich des Abschlusses von Kooperationen mit weiteren Menschenrechtsorganisationen.

Grundsätzlich darf angemerkt werden, dass wir mit dem EOI eine international bedeutsame Einrichtung in Innsbruck haben. Dementsprechend wurde in der Vergangenheit mehrfach versucht, den Sitz des EOI aus Innsbruck abzuziehen. Ich darf daher den Hohen Tiroler Landtag und die Landesregierung ersuchen, das EOI im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten weiterhin zu unterstützen. Gleichzeitig darf ich, auch namens des gesamten EOI-Vorstandes, für die bisherige Unterstützung danken.

**Ausdrücklich darf auf das 25-jährige Bestandsjubiläum im September 2013 in Innsbruck als Gründungsstätte des EOI hingewiesen und um entsprechende Unterstützung bei dieser besonderen Veranstaltung ersucht werden.**



### 3.2 INTERNATIONALE UND NATIONALE KONTAKTE

Zahlreiche Kontakte haben sich im Berichtsjahr durch meine Tätigkeit im Vorstand des Europäischen Ombudsmann-Institutes (EOI) und die vom EOI durchgeführten Veranstaltungen ergeben.

Aufgrund vergleichbarer Rahmenbedingungen der Aufgabenerfüllung bestehen weiterhin ausgezeichnete Kontakte zur Landesvolksanwältin von Südtirol, Frau Dr.<sup>in</sup> Burgi Volgger, zur Landesvolksanwältin von Vorarlberg, Frau Mag.<sup>a</sup> Gabriela Strele, sowie zu den Schweizer Ombudsleuten und

den Bürgerbeauftragten in Deutschland.

**Vom 02. bis 04. September 2012 waren der Petitionsausschuss und der Bürgerbeauftragte aus Rheinland-Pfalz zu Besuch in Innsbruck.** Im Rahmen der interessanten und angenehmen Gespräche mit den VertreterInnen des Petitionsausschusses unter der Leitung von Herrn Landtagsvizepräsident Dr. Bernhard Braun und Herrn Dieter Burgard als Bürgerbeauftragter konnten wertvolle Erfahrungen gewonnen und ausgetauscht werden.



Die Delegation aus Rheinland-Pfalz mit EOI-Präsidentin Dr.<sup>in</sup> Burgi Volgger, EOI-Generalsekretär Dr. Josef Siegele und LVA Dr. Josef Hauser vor der Georgskapelle in Innsbruck

Vom 14. bis 16. Oktober 2012 nahm ich, gemeinsam mit Frau Mag.<sup>a</sup> Isolde Kafka und Herrn Dr. Josef Siegele, in Brüssel am 8. Regionalseminar des Europäischen Verbindungsnetzes der Ombudsleute teil.



Gruppenfoto mit den TeilnehmerInnen am 8. Regionalseminar des Europäischen Verbindungsnetzes der Ombudsleute in Brüssel

Über Ersuchen des Europäischen Bürgerbeauftragten, Herrn Prof. Nikiforos Diamandouros, führte ich in der 2. Sitzung am 15.10.2012 im Flämischen Parlament den Vorsitz.



Von links: Prof. Nikiforos Diamandouros, LVA Dr. Josef Hauser, Flämischer Ombudsmann Bart Weekers

**Am 26.10.2012 hielt ich im Rahmen eines Besuches einer Delegation der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens mit Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz an der Spitze einen Vortrag über die rechtliche Ausgestaltung und die Tätigkeit unserer Einrichtung.**

Besonders bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit mit der Volksanwaltschaft in Wien, namens bei den Volksanwältinnen, Frau Dr.<sup>in</sup> Gertrude Brinek und Frau Mag.<sup>a</sup> Terezija Stoisits, sowie bei Herrn Volksanwalt Dr. Peter Kostelka. Ausdruck der guten

Zusammenarbeit war auch in diesem Jahr unsere Mitwirkung an den Sprechtagen der Volksanwaltschaft in Tirol.

Schließlich bestehen auch zu den weiteren „Landesanwaltschaften“ in Tirol gute und wertvolle Kontakte, welche dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch und nicht selten auch der gegenseitigen Unterstützung und Ergänzung dienen. Ausdruck dieser Verbundenheit ist ein alljährliches, jeweils von einer anderen Einrichtung organisiertes Treffen zum Zwecke der Erörterung aktueller Probleme und Entwicklungen.

### 3.3 ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Öffentlichkeitsarbeit ist für den Landesvolksanwalt von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Zweifellos ist diese Institution nach nunmehr mehr als 23 Jahren Bestand in Tirol relativ bekannt. Trotzdem ist eine regelmäßige Medienpräsenz zur Information der Bevölkerung über Aufgaben und Möglichkeiten dieser Einrichtung notwendig.

Auch in diesem Berichtsjahr wurde durch diverse Aussendungen, aber auch Radio- und TV-Interviews entsprechende Öffentlichkeitsarbeit geleistet.

Im Rahmen einer von der Caritas in ganz Tirol organisierten Veranstaltungsreihe für pflegende Angehörige hatte ich bei mehreren Vorträgen zum Sozialrecht auch Gelegenheit, die Einrichtung des Landesvolksanwaltes näher vorzustellen. Ähnliche Gelegenheiten ergaben sich im Rahmen von Vorträgen vor SchülerInnen und StudentInnen.

Auch der Tag der offenen Tür am 26. Oktober 2012 bot eine gute Gelegenheit, Zuständigkeit und Arbeitsweise unserer Einrichtung vorzustellen. Gemeinsam mit den weiteren Anwaltschaften des Landes Tirol konnten wir im Landhaus 1 zahlreiche Besucherinnen und Besucher begrüßen.

Weiters konnte in mehreren ausführlichen Presseartikeln in Printmedien auf die Sorgen und Nöte der Menschen in Tirol aufmerksam gemacht werden.

Nicht zuletzt wird durch die plakative Ankündigung der Sprechtag des Landesvolksanwaltes viermal jährlich in jeder Gemeinde in Tirol regelmäßig auf die Einrichtung und die Möglichkeit der Kontaktaufnahme im Bedarfsfall hingewiesen.

Schließlich gilt wiederum ein besonderer Dank der Tiroler Landeszeitung, die durch ihre Zustellung an alle Haushalte in Tirol eine besondere Publizität genießt und die Institution des Landesvolksanwaltes, sein Team und dessen Aufgabenstellung sowie die Termine der Sprechtag an den Bezirkshauptmannschaften und größeren Gemeinden Tirols flächendeckend im gesamten Land den Menschen näher bringt.

## ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Ausgehend von der grundlegenden Annahme, dass es in einer Demokratie stets auch wirksamer Kontrolleinrichtungen bedarf, um zu verhindern, dass die Staatsmacht die durch das Recht gezogenen Grenzen überschreitet, kommt dem Volksanwalt zweifellos die Funktion einer institutionalisierten Verbindungsstelle zwischen Bürger und Staat zu. Er hat dabei einerseits staatliches Handeln auf seine Rechtmäßigkeit zu prüfen und andererseits in Ergänzung zum bestehenden Rechtssystem verstärkt für Billigkeit und Gerechtigkeit und damit zugleich für mehr Akzeptanz staatlicher Entscheidungen innerhalb der Bevölkerung einzutreten. Gelingt es, diesen wechselseitigen Anforderungen zumindest im Wesentlichen gerecht zu werden, ist der Volksanwalt eine große Hilfe für die Bevölkerung und die öffentliche Hand.

Zweifellos bemühen sich alle Entscheidungsträger fehlerfrei zu arbeiten. Wo gearbeitet wird, passieren jedoch gelegentlich Fehler. Oft beschwerten sich Betroffene nicht darüber, dass ein Fehler gemacht wurde, sondern über die Art und Weise, wie mit Fehlern umgegangen wird. Deshalb ist eine entsprechende Fehlerkultur wichtig; eine gute Fehlerkultur bietet für die Behörde eine Chance zu lernen und schafft gleichzeitig neues Vertrauen bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Ebenso können sich Betroffene in der Regel

auch mit für sie negativen Entscheidungen und Verfügungen der Behörde abfinden, wenn diese verständlich abgefasst und gut begründet sind.

Die vielen Erfolge des letzten Jahres, nur beispielhaft in diesem Bericht aufgezeigt, waren jedoch nur möglich, weil dem Landesvolksanwalt bei seiner Tätigkeit allseits umfassende Unterstützung zuteil wurde. Daher möchte ich den Bericht auch zum Anlass nehmen, insbesondere unserem Herrn Landtagspräsidenten, den Damen und Herren Abgeordneten zum Tiroler Landtag, dem Herrn Landeshauptmann, den Regierungsmitgliedern, dem Direktor des Landesrechnungshofes, dem Herrn Landesamtsdirektor, den Bezirkshauptleuten und AbteilungsvorständInnen, aber auch allen Bediensteten, mit denen eine Kontaktaufnahme erfolgte, herzlich zu danken.

Danken möchte ich auch allen Frauen Bürgermeisterinnen sowie allen Herren Bürgermeistern für ihre konstruktive Zusammenarbeit und weiters allen Institutionen, die auch außerhalb der Kompetenz des Landesvolksanwaltes bürgerfreundlich und unbürokratisch zur Lösung von Problemen beigetragen haben.

Mein besonderer Dank gilt schließlich meinem Team ohne dessen großartigen Einsatz, verbunden mit großer fachlicher und menschlicher Kompetenz, die im Bericht beispielhaft aufgezählten Erfolge und Leistungen in diesem intensiven Jahr nicht möglich gewesen wären. Gerade die imposante Zahl von 2.070 persönlichen Gesprächen wäre für den Landesvolksanwalt alleine unmöglich zu bewältigen und erfordert viel Geduld, Verständnis sowie hohe rechtliche und soziale Kompetenz von allen MitarbeiterInnen. Dankbar erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang das große Engagement meiner MitarbeiterInnen, auch im Falle von Unzuständigkeit aber erkennbarer Hilfsbedürftigkeit, den Betroffenen im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützend entgegen zu kommen.

Somit hoffe ich, mit dem vorliegenden Bericht über das Berichtsjahr 2012 wiederum den Nachweis erbracht zu haben, dass auch in diesem Jahr mit viel Einsatz und großem Engagement gearbeitet wurde. Dabei war es uns immer wichtig, auf die Betroffenen zuzugehen, ihnen das Gefühl kompetenter Hilfestellung zu vermitteln und, wenn notwendig, ihnen auch menschliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Für weitergehende Auskünfte zur Tätigkeit des Landesvolksanwaltes stehe ich mit meinen MitarbeiterInnen gerne zur Verfügung.

Ich schließe diesen Jahresbericht mit einem heute wie damals aktuellen Zitat des französischen Philosophen und Schriftstellers Luc de Clapiers, Marquis de Vauvenargues (1715 – 1747):

**„Es kann keiner gerecht sein,  
der nicht menschlich ist.“**

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Hauser', with a long horizontal flourish extending to the right.

Dr. Josef Hauser  
Landesvolksanwalt

## **DER LANDESVOLKSANWALT VON TIROL**

Innsbruck – Meraner Straße 5

Telefon: 0512/508-3052 • 0810/006200 zum Ortstarif • Telefax: 0512/508-3055

E-Mail: [landesvolksanwalt@tirol.gv.at](mailto:landesvolksanwalt@tirol.gv.at) • [www.tirol.gv.at/landesvolksanwalt](http://www.tirol.gv.at/landesvolksanwalt)